

Teil I des Buches behandelt unterschiedliche Zugänge zu den Begriffen des Populismus und der (Mittel-)Klasse. Bei beiden Begriffen offenbart sich ein allgemeines Problem der Begriffsarbeit. Der italienische Marxist Antonio Gramsci, der im weiteren Verlauf einer der zentralen theoretischen Bezugspunkte sein wird, hat dieses Problem einmal metaphorisch mit einem Hut umschrieben (GH 11: 1407). Ganz unterschiedliche Köpfe würden häufig unter dem gleichen Hut stecken. Nur vordergründig lässt der ›Begriffshut‹ ganz unterschiedliche Inhalte gleich erscheinen. Betrachtet man lediglich die Begriffe, ohne ihrem Ursprung und Entstehungskontext nachzugehen, besteht die Gefahr, Debatten zu initiieren oder weiterzuführen, die unter die gleiche Terminologie gänzlich andere Inhalte und Annahmen subsumieren. Sowohl für den Begriff des Populismus als auch den der Mittelklasse – so wird sich im weiteren Verlauf meiner Argumentation zeigen – lassen sich solche Missverständnisse beobachten. Sie treten häufig so offen zutage – und wurden in der Vergangenheit von ForscherInnen als solche bereits benannt –, dass es doch verwundert, wie häufig über sie hinweggegangen wird. Beispielsweise benennen viele Populismustheorien bis heute als erste Populismen die im späten 19. Jahrhundert aufkommenden russischen *Narodniki* und die zeitgleich entstehende US-amerikanische Farmerbewegung, die 1891 in die Gründung der *People's Party* mündete. Eine genauere Betrachtung offenbart allerdings umgekehrt, dass beide Bewegungen inhaltlich wenig verband. Gleichwohl werden sie bis heute unter dem gleichen Begriff subsumiert, was sich nur schwerlich rechtfertigen lässt (Boos 2018c).

In wissenschaftstheoretischer Hinsicht betrifft dieses Problem nicht nur abweichende Begriffsinhalte und -definitionen, sondern weitergehende erkenntnis- und gesellschaftstheoretische Grundannahmen, die hinter Terminologien stehen. Im Sinne Louis Althusser liegen ihnen unterschiedliche Problematiken zugrunde, die die »systematische Konfiguration der wesentlichen Begriffe einer spezifischen (Gesellschafts-)Theorie [bestimmen]« (Pühretmayer 2017: 106). Werden einzelne Begriffe unter Nichtbeachtung inkompatibler Grundannahmen in ein anderes Begriffsuniversum überführt, sind ihre inhaltliche Bestimmung und ihre Funktion häufig Fehlinterpretationen ausgesetzt.

Auch hier liefert die Debatte zum Populismus gutes Anschauungsmaterial. Hawkins (2009) etwa verortet den laclauschen Ansatz in der Kategorie der diskursiven Erklärungsansätze. Im Anschluss macht er sich daran, die Diskurse von PopulistInnen quantitativ zu messen. Er arbeitet dabei explizit in einem positivistischen Framework, das mit einem Diskursbegriff operiert, der konträr zu jener postpositivistischen politischen Theorie (vgl. Wullweber 2015) steht, in die Laclau einzuordnen ist.

Ein ähnliches Missverständnis lässt sich im Hinblick auf die dichotomisierende Logik, die häufig als Wesensmerkmal des Populismus definiert wird, beobachten. KritikerInnen des Populismus ziehen nicht selten Laclau selbst als Kronzeugen

heran, um ihre These zu untermauern, dass der Populismus autoritär und undemokratisch sei (vgl. etwa Müller 2016). Es wird darauf verwiesen, dass selbst sein bekanntester Verfechter zugestehe, dass der Populismus einer binären Logik gehorche. Unbeachtet bleibt in dieser Argumentation, dass die Logiken von Äquivalenz und Differenz bei Laclau immer koexistieren und der Antagonismus für ihn kein Alleinstellungsmerkmal des Populismus ist, sondern jedwede politische Identität konstituiert.

Was für Theorien des Populismus gilt, lässt sich auch hinsichtlich des Begriffs der Mittelklasse feststellen. Bei ihm wird noch deutlicher, wie sehr der Inhalt des Begriffs vom jeweiligen Kontext und der Geschichte abhängt. Schon Gramsci merkte an, dass der Begriff zwar aus dem Englischen übernommen worden war, im italienischen »Kontext« allerdings nicht auf die Bourgeoisie, sondern vor allem auf Intellektuelle und Staatangestellte angewendet wurde (GH: 26: 2209f.). Wiederum für Lateinamerika zeigt Parker (2019), wie positivistische und marxistische Geschichtsvorstellungen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Etablierung des Mythos einer »fehlenden Bourgeoisie« in der Region beitrugen – ein Mythos, der sich dann in den Begriffen, die zur Beschreibung der dortigen Klassenstrukturen zur Anwendung kamen, niederschlug. Darüber hinaus änderte sich, wie in Kapitel 3 deutlich werden wird, die Bedeutung des Begriffs nochmals im Laufe des 20. Jahrhunderts.

Die Liste dieser (unbeabsichtigten) Missverständnisse ließe sich fortsetzen, entscheidender scheint mir allerdings, die entsprechenden Konsequenzen für die nachfolgende Theoriediskussion unterschiedlicher Ansätze zu ziehen. Um den unterschiedlichen Ansätzen gerecht zu werden, erscheint es notwendig, statt eine rein definitorische Perspektive einzunehmen, die Ansätze innerhalb ihrer Problematik zu betrachten. Das bedeutet, sie daraufhin zu befragen, »ob und in welcher Weise ein bestimmter Begriff oder ein bestimmtes Argument in der Problematik einer bestimmten Autor_in »funktioniert« (Pühretmayer 2017: 106). Ebenso, und das gilt speziell für den Begriff der Mittelklasse, lassen sich die theoretischen Konzepte nur schwerlich von der Geschichte und den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sie zu beschreiben und zu analysieren versuchen, lösen. Theorie und Geschichte – so die in dieser Studie vertretene Auffassung – sind intrinsisch miteinander verbunden und keine zwei voneinander trennbare Domänen.

Im nachfolgenden Kapitel 2 werde ich deshalb zunächst unterschiedliche Populismustheorien vor dem Hintergrund ihrer Problematik diskutieren. Ähnlich verfare ich mit dem Begriff der Mittelklasse in Kapitel 3. Kapitel 4 behandelt die Geschichte der argentinischen Mittelklasse. In Kapitel 5 führe ich beide Diskussion zusammen. Hierzu schlage ich einen relational-historisch-materialistischen Mittelklassenbegriff vor. Ebenso definiere ich »Populismus« als antagonistische Konstruktionslogik auf dem Feld der politischen Identitäten.

2 Populismus

In Medien und Wissenschaft boomt derzeit die Debatte über ›den‹ Populismus. In der wissenschaftlichen Literatur beginnt der Begriff »Populismus« vermehrt nach dem zweiten Weltkrieg aufzutauchen. Ab den 1990er Jahren steigert sich seine Verwendung exponentiell (D'Eramo 2013; für detaillierte Publikationszahlen vgl. Rovi-ra Kaltwasser et al. 2017).

Beinahe süffisant seziert der argentinische Politologe Gerardo Aboy Carlés (2001: 2) die akademische Literatur zum Thema als eigenes Subgenre, das ungeschriebenen Regeln gehorchte. Zum Mitspielen Gewillte müssten zunächst die Unschärfe des Populismusbegriffs diagnostizieren; im Anschluss würden existierende Definitionsversuche vorgestellt, um daraufhin deren Unzulänglichkeiten zu monieren; schließlich, und den Regeln des Genres folgend, unterbreite der/die AutorIn eine eigene Definition, die ein für alle Mal sämtliche Unklarheiten über den Populismus beseitigen soll.

Genau darum soll es im Nachfolgenden nicht gehen. Stattdessen wird für die drei zentralen Stränge der lateinamerikanischen Auseinandersetzung mit dem Populismus und im Hinblick auf die leitende Fragestellung herausgearbeitet: Vor welchem Hintergrund wird der Populismusbegriff diskutiert? Wie wird »Populismus« definiert und welche Funktion erfüllt der Begriff? Was sind die Akteure, gesellschaftlichen Kräfte oder Dynamiken, die ihn konstituieren? Wie werden die Mechanismen von populistischer Einbindung und das Verhältnis zur UnterstützerInnenbasis konzipiert?

Als Erstes werden ökonomische Ansätze im weiten Sinne vorgestellt. Ihre Problematik ist der Zusammenhang zwischen Populismus und Entwicklung. Sie repräsentieren die frühesten Studien zu den Populismen Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika. Zweitens werden die Grundannahmen idealtypischer Ansätze vorgestellt, welche die Forschung zum Populismus vor allem im europäischen Kontext derzeit dominieren. Im dritten Teil werde ich die hegemonietheoretische Perspektive vorstellen. Deren Protagonist ist Ernesto Laclau. Sein Populismusbegriff ist zentraler Bezugspunkt der vorliegenden Studie, weshalb ich diesen tiefergehend diskutieren werde. Hierzu werde ich zunächst Laclaus frühe Populismusdefinition aus den 1970er Jahren skizzieren und fragen, inwieweit in ihr bereits seine spä-

tere Fragestellung sowie zentrale Elemente der Theorie angelegt sind. Das Nachzeichnen der Genese des laclauschen Begriffsuniversums ermöglicht mir, dessen sich verändernden Grundannahmen und Ausgangsfragen aufzuzeigen sowie erste theoretische Leerstellen aufzuspüren. Daran anschließend werden die grundlegenden Begrifflichkeiten des laclauschen Begriffsuniversums einer postfundamentalistischen¹ politischen Ontologie eingeführt, um aufbauend darauf die Populismustheorie zu skizzieren, die in *On Populist Reason* (von hier an zitiert als OPR) entworfen wird. Im Anschluss daran werde ich fünf Einwände gegen die Theorie diskutieren.

2.1 Populismus und Entwicklung

Der erste wichtige Strang der Populismus-Debatte umfasst strukturfunktionalistische Ansätze und solche, die die ökonomischen Grundlagen des Populismus in den Vordergrund stellen. Sie repräsentieren die frühesten Studien zu den Populisten Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika. Heutzutage spielen diese Ansätze nur noch eine geringe Rolle. Allerdings bleiben sie insofern relevant, als vor ihrem Hintergrund bis heute argumentiert wird, dass die populistische Konstellation eine spezifische historische Phase der kapitalistischen Modernisierung darstellte. VerfechterInnen diese Position erachten es nicht für sinnvoll, den Begriff auf heutige Phänomene zu übertragen. Trotzdem ist die Relektüre dieser ersten Populismus-Studien überaus wertvoll, da sie die Wurzeln vieler Annahmen, die bis heute über Populismen existieren, offenlegt.

2.1.1 Strukturfunktionalismus und ökonomische Ansätze

Zu Beginn der 1960er Jahre legte Gino Germani, der als Gründervater der argentinischen Soziologie gilt, die ersten systematischen Studien zum Populismus in Argentinien vor.² Seine persönliche Biografie prägte die wissenschaftliche Arbeit des italienischen Soziologen zeitlebens. 1934 war er aus dem Italien unter Mussolini nach Argentinien ausgewandert, nachdem er dort im faschistischen Gefängnis gesessen hatte (Germani 2010a, 2017). Vor diesem Hintergrund müssen auch einige Gesichtspunkte seiner Studien zum Populismus in Argentinien gelesen werden. Denn die persönlichen und politischen Erfahrungen jener Jahre sensibilisierten Germani gegenüber autoritärer Gesellschaftstendenzen. Durch sein gesamtes Leben hinweg engagierte er sich gegen den Faschismus.

1 Zur Übersetzung des Begriffs des *post-foundationalism* ins Deutsche s. Fußnote 10, Kapitel 2.

2 Zur Geschichte der argentinischen Soziologie und der Rolle Gino Germanis vgl. Blanco (2006).

Germani diskutiert den Populismus im Hinblick auf die Frage nach der Transition von einer traditionellen hin zu einer modernen Gesellschaft. Wie diese heute zurecht in die Kritik geratene Unterscheidung bereits andeutet, bewegen sich seine makrosoziologischen Untersuchungen in dem damals vorherrschenden strukturfunktionalistischen Paradigma (Murmis 2010). Germani diagnostiziert für jene Jahre eine »Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit« (Braig 1999: 53), die dadurch charakterisiert sei, dass die politisch-institutionelle Ordnung mit den rapiden Umwälzungen der ökonomischen Strukturen nicht Schritt halten könne. Aspekte einer traditionellen Gesellschaft trafen auf die einer modernen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund verortet er in der politischen Integration der Massen »das zentrale Problem der historischen Periode, die unser Land durchläuft« (Germani 1965: 235, Übers. T. B.).

Argentinien ist für Germani (1978: 129) kein Sonderfall. Vielmehr sieht er das Land als Beispiel für ein allgemeingültiges und auf Lateinamerika anwendbares Stufenschema politischer Entwicklungen in der Transition hin zu einer modernen Gesellschaft. Nach einem ersten gesellschaftlichen Mobilisierungszyklus (im Anschluss an das Ende des argentinischen Bürgerkrieges 1880) repräsentiert der Populismus für Germani (1978: 129f.) einen zweiten Mobilisierungszyklus im Zeitraum zwischen 1937 und 1945.

Mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der sogenannten *década infame* (1930–1943) (Infame Dekade) führt er sowohl internationale als auch nationale Ursachen an. Auf nationaler Ebene wurde die Krise durch den von José Félix Uriburu angeführten Militärputsch 1930 eingeleitet. Die Dekade erhielt ihren Namen aufgrund der Skrupellosigkeit, mit der die Eliten versuchten, mittels Wahlbetrug und militärischen Interventionen ihre Macht zu erhalten.³ Diese Konstellation aus ökonomischen und politischen Umständen führten für Germani (1978: 130f.) zu jenem zweiten Mobilisierungszyklus zwischen 1937 und 1945, in dem er vier Faktoren als zentral ansah: erstens das rasante Wachstum der argentinischen Gesellschaft; zweitens die Säkularisierung und Modernisierung der gesellschaftlichen Strukturen, mit der einerseits die Entstehung einer Mittelklasse und eines urbanen Industrieproletariats einherging und sich, andererseits, auf psychosozialer Ebene, die Modernisierung und Säkularisierung der Lebensstile vollzog; drittens die hohe Zahl von EinwanderInnen; und viertens die beschränkten politischen Partizipationsmöglichkeiten in Zusammenspiel mit dem systematischen Untergraben bereits bestehender Möglichkeiten.

3 Grundsätzlich wurde das allgemeine Wahlrecht (sic!) in Argentinien mit dem *Ley Sáenz Peña* im Jahr 1912 vergleichsweise früh eingeführt. Es galt zur damaligen Zeit nur für volljährige männliche Staatsbürger. Im Anschluss daran wurden die Wahlen allerdings systematisch verfälscht oder das Militär intervenierte und installierte ihm gewogene Regierungen, wenn das Ergebnis nicht dem Wunsch der Eliten entsprach.

Die Thematik der Modernisierung ist bei Germani immer mit der Frage der Demokratie verknüpft. Undemokratische Verhältnisse und Totalitarismus sind für ihn Ausdruck einer fehlgeleiteten Transition. Das Leitmotiv, das sich durch seine Texte zieht, ist die politische Frage, was in der argentinischen Transition der Grund für diese Fehlleitung und somit für die Entstehung eines Totalitarismus gewesen war.

»Totalitarismus« ist der Überbegriff, unter dem Germani sowohl die europäischen Faschismen als auch den ersten Peronismus (1946-1955) subsumiert. Allerdings ist er weit davon entfernt, beide gleichzusetzen, sondern ist darum bemüht, die aus seiner Sicht entscheidenden Unterschiede herauszuarbeiten.⁴ Die strukturellen Transformationen – konkret die Proletarisierung – brächten in beiden Fällen »masas disponibles« (»verfügbare Massen«) hervor (Germani 1965: 242). Im Falle des europäischen Faschismus, speziell dem deutschen Nationalsozialismus, sei es die sich bedroht führende Mittelklasse, während es sich in Argentinien um die neu entstehende ArbeiterInnenklasse handle, auf die sich der Totalitarismus stütze (Germani 1965: 240).

Die Unterstützung der Massen brauche es für jedes politische Regime, argumentiert Germani. Im Gegensatz zur genuinen Demokratie biete der Totalitarismus allerdings nur »un *ersatz* de participación« (»einen Partizipationsersatz«) beziehungsweise eine »seudoparticipación« (»Pseudopartizipation«) an (Germani 1965: 239, Herv. i. O.). Der Unterschied bemisst sich für ihn nach dem Verhältnis zwischen der Mobilisierung⁵ gesellschaftlicher Strukturen und der Integration sozialer Gruppen. Integration beinhaltet dabei zwei Dimensionen: einerseits eine institutionelle Kanalisierung der politischen Partizipationsforderungen der Massen und andererseits ein Gefühl der Legitimität, das den mobilisierten Gruppen zuteilwird (Germani 1965: 151).

4 Gleichwohl hält Germani die klare Unterscheidung begrifflich nicht konsequent durch, sondern spricht immer wieder auch vom Peronismus als Faschismus (vgl. etwa Fußnote 5 in Germani 1965: 240).

5 Germani hat bei dem Begriff »Mobilisierung« nicht Proteste, Demonstrationen, o.Ä. vor Augen, sondern eine Mobilisierung im Sinne aufbrechender traditioneller Gesellschaftsstrukturen und Normen. »[Mobilisierung] korrespondiert mit dem psycho-soziologischen Prozess, durch den Gruppen, die in der ›Passivität‹ verharren, was dem traditionellen normativen Muster entspricht [...], eine gewisse Fähigkeit an deliberativen Verhaltensweisen erwerben, andere Niveaus an Ambitionen als jene im zuvor existierenden Muster erreichen und in Konsequenz aus diesen Entwicklungen im politischen Feld nun aktiv werden.« (Germani 1965: 151, Herv. i. O., Übers. T. B.). Die strukturfunktionalistische Perspektive Germanis ist in dieser Definition unverkennbar. Auch wenn diesem Zusammenhang hier nicht nachgegangen werden kann, sind nicht nur an dieser Stelle die Parallelen zu Laclaus Populismustheorie nicht zu übersehen. Übersetzt man Germanis Überlegungen in ein postfundationalistisches Theoriegerüst, sind die Ähnlichkeiten zwischen dem Mobilisierungsbegriff bei Germani und Laclaus Idee der aufbrechenden Sedimentierungen erstaunlich.

Entlang dieser Linie von gesellschaftlicher Mobilisierung und Integration der Massen zieht Germani seine Grenzen zwischen modernen und den lateinamerikanischen Gesellschaften. In entwickelten Gesellschaften korrespondierten beide, d.h., existierten die entsprechenden institutionellen Kanäle etwa in Form von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Institutionen, um die gesellschaftliche Mobilisierung absorbieren und somit politische Integration gewährleisten zu können (Germani 1965: 154). In Lateinamerika hingegen blieben die politischen Partizipationsmechanismen unterentwickelt, die Gesellschaft differenzierte sich aufgrund der fehlenden Parteien und Wahlen auf politischer Ebene nicht entsprechend aus (Germani 1978: 146). Stattdessen werde die Einbindung über die national-popularen Regierungen beziehungsweise deren FührerIn vollzogen. Für Germani ist die Mobilisierung der unorganisierten Massen im Populismus eine Art minderwertige Form der politischen Partizipation, die sich in »unterentwickelten« Demokratien findet. Sie ermöglicht politisches Handeln, aber eben nicht über institutionelle Kanäle, wie sie in entwickelten Demokratien anzutreffen seien. Stattdessen werde die institutionelle Bindung durch die emotionale Bindung zum Führer ersetzt (Braig 1999: 56).

Wie bereits erwähnt, analysiert Germani den Peronismus im Vergleich zum europäischen Faschismus. Trotz seiner radikalen Ablehnung der in seinen Augen argentinischen Form des Totalitarismus, gesteht er den UnterstützerInnen eine gewisse Handlungsrationaltät zu. Der Grad der Irrationalität der argentinischen ArbeiterInnenklasse sei bei Weitem nicht so groß, wie jener der europäischen Mittelklasse, die entgegen ihrer realen Interessen den Faschismus unterstützt habe (Germani 1965: 45). Denn wenngleich der Peronismus strukturell notwendige Transformationen verweigert und der argentinischen ArbeiterInnenklasse keine materiellen Vorteile verschafft habe, habe er, argumentiert Germani (1965: 244), ihr eine »*dignidad personal*« (»persönliche Würde«) und das Gefühl, ihre Freiheit erobert zu haben, zuteilwerden lassen.

Germani steht beispielhaft für die damals dominante strukturfunktionalistische Perspektive. Erwähnenswert erscheint noch die Erklärung Torcuato di Tella (1965), da sich bei ihm besonders deutlich zeigt, dass die europäischen Länder stets als Blaupause für die strukturfunktionalistischen Ansätze dienten. Ebenfalls in Italien geboren und nach Argentinien ausgewandert, fokussiert er verstärkt auf politische Ideologien. Di Tella (1965: 393, Übers. T. B.) analysiert die bei Germani als *Demonstrationseffekt*⁶ beschriebene Verbreitung von modernen Normen, Lebensstilen und

6 Auf psychosozialer Ebene spricht Germani (1965: 69-126) von einem Demonstrations- und einem Fusionseffekt. Mit »Demonstrationseffekt« beschreibt er die Ausbreitung neuer und moderner Normen, Vorstellungen, Ideologien und Verhaltensweisen. Diese trafen in den Ländern Lateinamerikas wiederum auf traditionelle Gesellschaften und vermischten sich mit diesen. Diese Vermengung nennt Germani »Fusionseffekt«.

Verhaltensweisen und argumentiert, dass sie zu einer »Revolution der Ansprüche« (*aspiraciones*) führe. In der Bearbeitung dieser spielen politische Ideologien für Di Tella eine entscheidende Rolle, die in Lateinamerika aber defizitär gewesen seien. Einerseits habe der Liberalismus in Lateinamerika der Absicherung der Interessen der Herrschenden gedient und sei nicht wie in Europa eine Anti-Status-quo-Ideologie gewesen. Andererseits habe es den ArbeiterInnen im Vergleich zu Europa an Enthusiasmus und Organisierungserfahrung gefehlt. Die Folge sei ein Mangel an Intellektuellen der Eliten und Führungsfiguren für die ArbeiterInnenklassen und Mittelklasse gewesen (Di Tella 1965: 395f.). All dies führe dazu, dass sich weder eine liberale Bewegung noch eine ArbeiterInnenbewegung ausbilde, sondern stattdessen andere Allianzen, wie der Populismus, die gesellschaftlichen Reformen oder Revolutionen vorantrieben (Di Tella 1965: 397).

2.1.2 Dependencia und makroökonomischer Populismus

Auch andere Ansätze, die nicht dem strukturfunktionalistischen Paradigma folgten, nahmen den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Populismus in den Blick. Zu nennen sind hier VertreterInnen der *Latin American School of Development* (Kay 1989)⁷, die ihre Begriffe ausgehend von ihrer Kritik an der eurozentrischen Perspektive entwickelten. Die prominentesten Vertreter jener Schule, die trotz der Heterogenität ihrer Ansätze häufig unter der Bezeichnung »Dependenztheorie« subsumiert werden, sind Fernando Cardoso und Enzo Faletto. In ihrem erstmalig 1969 auf Spanisch erschienen Werk *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, das heute ein Klassiker der Entwicklungssoziologie ist, wenden sie sich explizit gegen jene Ansätze, die annehmen, dass »die Zukunft der unterentwickelten Länder durch die in Westeuropa und den USA herrschenden Muster des politischen, sozialen und ökonomischen Systems vorgezeichnet sei [...]« und Entwicklung »in der zwanghaften Wiederholung, ja Imitation der verschiedenen Stadien, die für den sozialen Wandel jener »entwickelten« Länder kennzeichnend waren [besteht]« (Cardos/Faletto 1976: 18).

Ihr Fokus liegt dabei auf den importsubstituierenden Entwicklungsmodellen im Kontext der globalen Abhängigkeitsverhältnisse. Auch Cardosos und Falettos (1976: 19f.) Erkenntnisinteresse richtet sich auf die ökonomischen Transformationsprozesse, sie plädieren allerdings für eine Analyse, welche die »spezifischen

7 Kay (1989) fasst unter die *Latin American School of Development* die unterschiedlichen Strömungen der lateinamerikanischen Dependenztheorie und strukturalistischer Ansätze, die ab den späten 1940er Jahre in Erscheinung traten und welche die politische Verfasstheit der Länder in Lateinamerika und deren Entwicklung im Kontext globaler Abhängigkeiten und Modernisierung thematisierten. Ihr Ausgangspunkt war eine Kritik an der Neoklassik und den Modernisierungstheorien.

Bedingungen der lateinamerikanischen Situation und den Typ der sozialen Integration von Gruppen und Klassen als wichtigste Bedingungsfaktoren des Entwicklungsprozesses hervorhebt«. In dieser Hinsicht lehnen sie jene Entwicklungstheorien ab, die traditionelle und moderne Gesellschaft gegenüberstellen und sozialen Wandel lediglich aus den strukturellen Umwälzungen erklären. Das Entwicklungsmodell einer importsubstituierenden Industrialisierung wird vielmehr als Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses zwischen unterschiedlichen Klassen und gesellschaftlichen Gruppen sichtbar, ein Modell, das für sie auf zwei zentralen Dynamiken beruht: erstens dem Ausbau eines Binnenmarktes und die damit einhergehende Industrialisierung; und zweitens dem Druck durch die neu entstehenden ArbeiterInnenmassen, die auf ökonomische, soziale und politische Anerkennung drängten. Als Folge dieser beiden Dynamiken gewinne der Staat und seine Institutionen als regulierende Instanz an Bedeutung – es entstehe ein »entwicklungsorientierter Populismus« (Cardoso/Faletto 1976: 154).

Das Wirtschaftsmodell der importsubstituierenden Industrialisierung ist auch das Merkmal, an dem Carlos M. Vilas (1992, 2004) die Definition des Populismus aufhängt. Er kritisiert die Ausweitung des »Populismus«-Begriffs, der für ihn nur für eine spezifische Phase des unterentwickelten Kapitalismus Gültigkeit hat (Vilas 1992: 391). Für ihn korrespondiert Populismus mit »einem Moment und spezifischen Charakteristika der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie, die heute der Vergangenheit angehört« (Vilas 2004: 137, Übers. T. B.). Vilas schlägt deshalb zunächst einen Ansatz vor, der auf die materiellen Bedingungen abhebt und »Populismus« als spezifische Strategie der Kapitalakkumulation im Kontext der importsubstituierenden Industrialisierung in Lateinamerika definiert (Vilas 1992: 390). Konkret charakterisiert sich »Populismus« aus dieser Perspektive durch die Ausweitung des Binnenkonsums, die Privilegierung städtischer Kleinindustrieproduktion sowie eine partielle Einkommensumverteilung (Vilas 1992: 393–398).

Ebenso lässt sich das stark rezipierte Argument von Dornbusch und Edwards (1990) in diesen Strang einordnen. Sie definieren »macroeconomic populismus« als die makroökonomischen Policies jener ersten Populismen, die zu Zeiten volkswirtschaftlichen Wachstums Umverteilungspolitiken und Lohnsteigerung vorantrieben, wobei sie gleichzeitig die Risiken von steigenden Inflationsraten und einem Haushaltsdefizit vernachlässigten (Dornbusch/Edwards 1990). Unter ökonomischen Ansätzen handelt es sich bei Dornbusch/Edwards um diejenige Definition, die bis heute noch am meisten Anwendung findet. Allerdings lassen sich die populistischen Regierungen – mit Ausnahme von Venezuela und im Speziellen der Fall des Kirchnerismus – unter diesen Gesichtspunkten nur schwerlich als »Populismus« qualifizieren (Fritz 2019; Schamis 2013). Im Vergleich mit den klassischen lateinamerikanischen Populismen weist ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten auf.

Zusammenfassend und im Hinblick auf die eingangs gestellten Leitfragen kann für die Ansätze dieses Debattenstrangs festgestellt werden: Das Erkenntnisobjekt der vorgestellten Ansätze ist eine spezifische historische Periode Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika. Dabei diskutieren sie den Zusammenhang von Populismus und Entwicklung. »Populismus« beschreibt unter der Maßgabe strukturfunktionalistischer Annahmen eine deviante Entwicklungsstufe gesellschaftlicher Modernisierung. Bei VertreterInnen der Dependenztheorie wie Cardoso/Faletto (1976) stellt der Populismus ebenfalls ein Entwicklungsmodell dar, allerdings ist dieser keine defizitäre Entwicklungsform und -stufe, sondern ein ökonomisches Modell, das das Ergebnis politischer Prozesse ist.

Als zentraler Akteur – hier im Sinne einer UnterstützerInnenbasis – wird die neue und unorganisierte ArbeiterInnenklasse ausgemacht, die mit den Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Argentinien entstand. Als spannend erweist sich vor allem der Begriff der Integration bei Germani, der – wenn auch in einer radikal anderen Perspektive – erstaunliche Ähnlichkeiten mit der laclauschen Idee von »Integration« besitzt, wie sich im weiteren Verlauf des Buches zeigen wird: »Integration« ist für Germani der Prozess politischer Einbindung von durch die Mobilisierung gesellschaftlicher Strukturen »losgelöster« Gruppen. In den westlichen Demokratien habe sich die Integration in beiden ihrer Dimensionen von institutioneller (Kanalisierung über Parteien, Gewerkschaften, Verbände) und psychosozialer Integration (Gefühl einer Legitimität) vollzogen. Im Falle des Peronismus habe erstere nicht stattgefunden, sondern es sei zu einer Pseudopartizipation gekommen, die über die persönlich-emotionale Bindung der unorganisierten Massen zum/zur FührerIn vermittelt worden sei. In der Diskussion über Laclaus Populismustheorie wird sich zeigen, dass eine ganz ähnliche Vorstellung von aufbrechenden gesellschaftlichen Strukturen seiner Idee einer populistischen (Re-)Politisierung zugrunde liegt.

Alle diskutierten Ansätze eint, dass sie den Begriff des Populismus auf die historische Erfahrungen Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika beschränken. Ihre Erklärkraft für heutige Populismen, im Speziellen jene strukturfunktionalistischen Perspektiven, ist begrenzt. Gleichwohl haben die Ansätze Germanis und Di Tellas Paradigmen etabliert, die bis heute in der lateinamerikanischen Debatte zum Populismus von Bedeutung sind. Vor allem die Idee einer unorganisierten Masse, die vom Populismus manipuliert wird, ist bis heute wirkmächtig. Allerdings ist die empirische Grundlage dieser Annahme bereits relativ früh infrage gestellt worden. Im 1971 erschienenen und zum Klassiker gewordenen *Estudios sobre los orígenes del Peronismo* durchleuchten Miguel Murmis und Juan Carlos Portantiero (2004) Germani die Unterscheidung in eine neue und alte ArbeiterInnenklasse. Ausgehend von der Analyse der politischen Positionen und Kämpfe innerhalb der organisierten ArbeiterInnenklasse argumentieren sie, dass die alte, d.h. bereits organisierte Ar-

beiterInnenklasse, entscheidend für den Aufstieg des Peronismus war. Sie zeigen, dass die Basis des Peronismus weit davon entfernt war, eine unpolitisierte und unorganisierte Masse zu sein. Vielmehr war die Unterstützung Peróns eine bewusste strategische Entscheidung eines Teils der organisierten ArbeiterInnenbewegung, die in ihm ein Möglichkeitsfenster erkannte, ihre Forderungen durchzusetzen.

2.2 Idealtypische Ansätze und *ideational-approach*

Ansätze des zweiten Debattenstrangs sind in den Sozialwissenschaften derzeit am häufigsten anzutreffen. Kreiste die zuvor vorgestellte Perspektive um die Themen »Entwicklung« und »Transformation gesellschaftlicher Strukturen«, steht bei ihnen die Frage im Vordergrund, wie sich bestimmte politische Kräfte innerhalb der Sphäre (repräsentativer) Politik charakterisieren lassen. Die Ansätze dieses Debattenstrangs versuchen unterschiedliche Populismustypen zu entwickeln und diese zu kategorisieren. Als erster Versuch in diese Richtung lässt sich Peter Wiles' (1969) Aufsatz *A Syndrome, Not a Doctrine: Some Elementary Theses on Populism* identifizieren, in dem er vierundzwanzig Merkmale des Populismus auflistet. Unbenommen der teilweise recht unterschiedlichen Definitionsmerkmale der verschiedenen Ansätze innerhalb des Strangs, eint sie ihre positivistische Perspektive.

Dass dieser Ansatz gerade in Europa prominent ist, hat auch mit der hiesigen Geschichte der Populismusforschung zu tun. In den europäischen Sozialwissenschaften spielte der Begriff »Populismus« lange Zeit kaum eine Rolle. Wenn er verwendet wurde, wurde er zumeist mit rechten Kräften des politischen Spektrums verknüpft. Deshalb hat die europäische Forschung zum Thema ihre Wurzeln primär in der Parteien- und Rechtsextremismusforschung.⁸

Im Falle von Lateinamerika wurde der Begriff immer schon sehr unterschiedlichen Phänomenen zugeschrieben. Als exemplarisch für die idealtypische Perspektive lässt sich die Definition Kurt Weylands heranziehen. Sie listet jene Merkmale

8 Mudde (2016) periodisiert die Forschung zum Thema in drei Wellen: (1) eine Phase historischer Kontinuitätsstudien (1945-1980); eine (2) Periode (1980-2000), in der vor allem die sogenannte Nachfrageseite unter einem modernisierungstheoretischen Axiom im Kontext der Globalisierungsprozesse und der Transformationen in Osteuropa analysiert wurden; und (3) eine Phase (seit 2000), die sich stärker mit der Angebotsseite, d.h. internen Parteidynamiken und den Effekten von rechtspopulistischen Parteien auseinandersetzt. Während die ersten beiden Phasen vorwiegend von qualitativen Arbeiten geprägt waren, dominieren mittlerweile quantitative Studien der Parteienforschung. Vor diesem Hintergrund ist auch ersichtlich, warum in diesen Studien der Begriff »Populismus« häufig ähnlich des »Extremismus«-Begriffs verwendet wird oder sich Wortkombinationen finden wie »populist radical right parties« (vgl. Mudde 2007).

auf, die viele der Ansätze dem Populismus klassischerweise zuschreiben. Für Weyland (2001: 14) ist »Populismus« folgendermaßen definiert:

[P]opulism is best defined as a political strategy through which a personalistic leader seeks or exercises government power based on direct, unmediated, uninstitutionalized support from large numbers of mostly unorganized followers. This direct, quasi-personal relationship bypasses established intermediary organizations or deinstitutionalizes and sub-ordinates them to the leader's personal will. Most followers lack institutionalized ties to the leader and therefore constitute an unorganized mass in the political arena (for example, the nation-state) in which the leader appeals to them (although they may participate in local organizations). A charismatic leader wins broad, diffuse, yet intense support from such a largely unorganized mass by ›representing‹ people who feel excluded or marginalized from national political life and by promising to rescue them from crises, threats, and enemies.

Weylands Definition enthält mit dem charismatischen Führer, der unorganisierten und persönlichen Bindung zwischen FührerIn und Masse sowie der Zerstörung der politischen Institutionen all jene Versatzstücke, auf denen die meisten Ansätze innerhalb des Debattenstrangs basieren. Ihr jeweiliger Fokus variiert dabei, wobei die Auswahl an Definitionen unendlich scheint. Einige prominente Beispiele seien im Folgenden trotzdem kurz erwähnt.

Paul Cammack (2000) fokussiert auf das Verhältnis zwischen Institutionen und Populismus und argumentiert, dass der Populismus einen Bruch mit den bestehenden politischen Institutionen vor dem Hintergrund einer Reorganisation der kapitalistischen Reproduktion vollziehe. Dieser Bruch sei auch die Gemeinsamkeit zwischen den klassischen Populismen und späteren populistischen Phasen. Kenneth Roberts (1995: 113) argumentiert ähnlich und sieht Populismus als »perpetual tendency where political institutions are chronically weak«. Ob populistische Regierungen Institutionen aufbauen oder nicht, hängt für ihn davon ab, ob sie die (ökonomischen) Eliten herausfordern und somit auf eine alternative Institutionalisierung ihres Verhältnisses zur UnterstützerInnenbasis angewiesen sind (Roberts 2006). Ludolfo Paramio (2006) wiederum sieht, dass der Populismus aufgrund seiner Abwertung der politischen Eliten das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen zerstöre. An der Regierungsmacht schwäche er dann zumeist Legislative und Judikative systematisch, und das Institutionensystem würde dahingehend ausgerichtet, dass die Exekutive unbehelligt walten könne.

Carlos de la Torre (2000) teilt die idealtypische Perspektive. In seinen Arbeiten, die sich schwerpunktmäßig mit Ecuador befassen, betrachtet er deshalb das Verhältnis zwischen populistischen *líder* und dessen AnhängerInnen, allerdings zieht er das Paradigma der verführten Masse in Zweifel. Auch die Annahme, dass es sich bei der populistischen UnterstützerInnenbasis um eine unorganisierte Masse

handle, sei in dieser Weise verkürzt (De la Torre 2007). Zurecht bemängelt er, dass die Rezeptionsseite, d.h., wie populistische Diskurse und Politiken von der UnterstützerInnenbasis aufgenommen und interpretiert werden, in fast allen Studien keine Beachtung findet (De la Torre 2003).

Ebenso finden sich innerhalb der Debatte zahlreiche Arbeiten, die sich mit der Ideologie – gemeint sind die konkreten politischen Inhalte – des Populismus beschäftigen. Paul A. Taggart (2003, 2000) macht als ideologischen Kern des Populismus die Referenz auf ein »heartland« aus. Dieses *heartland* sei eine utopische Konstruktion, die sich aber im Gegensatz zu anderen Utopien nicht auf die Zukunft richte, sondern auf die Vergangenheit – eine bereits gelebte Erfahrung.

In Lateinamerika entwickelte sich im Zuge der 1990er Jahre zudem eine Diskussion rund um das Verhältnis zwischen Populismus und den neoliberalen Regierungen jener Jahre (beispielsweise Carlos Menem in Argentinien oder Alberto Fujimori in Peru). Ausgangspunkt waren die diagnostizierte »unexpected affinities« (Weyland 1996) zwischen Populismus und Neoliberalismus, welche die DiskutantInnen dazu brachte, von einem Neopopulismus zu sprechen. Der Begriff »Neopopulismus« findet heute gelegentlich Verwendung in Bezug auf die progressiven Regierungen, allerdings mit gegenteiligem Bedeutungsinhalt als in den 1990er Jahren. Während das »neo-« im ersten Fall eine Neuaufgabe der national-popularen Erfahrungen und eine Kontinuität zwischen den historischen Populismen in Lateinamerika und den Regierung ab den 2000er Jahren behauptet, sind die Diskontinuitäten zwischen den historischen Populismen und den Regierungen der 1990er Jahre sowie die »compatibility of political populism and economic liberalism« (Weyland 1999: 379) für letztere der Grund den Begriff des Neopopulismus vorzuschlagen. Für Weyland (1996) entsprechen sich Neoliberalismus und Neopopulismus hinsichtlich ihrer sozialen Basis (die unorganisiertem und im informellen Sektor tätigen Massen), ihres Top-down-Ansatzes sowie ihrer Ausrichtung gegen organisierte zivilgesellschaftliche Akteure und Gruppen. Knight (1998) wiederum sieht Parallelen zwischen den neoliberalen Regierungen der Neunziger und dem klassischen Populismus hinsichtlich ihres Politikstils.

Obwohl der Begriff des Neopopulismus sich nie durchsetzen konnte, lassen sich an ihm ganz grundlegende Probleme in Bezug auf den idealtypischen Debattestrang aufzeigen. Vilas (2004: 147, Übers. T. B.) urteilt »viel neo und wenig Populismus« in seiner Polemik gegen den Begriff und tatsächlich subsumiert die Verwendung von »Neopopulismus« grundlegend andere Politiken unter der gleichen Kategorie. Wie Vilas (2004) in seiner Analyse zeigt, bestehen zwischen den beiden Phänomenen kaum Ähnlichkeiten im Hinblick auf ihre soziale oder wirtschaftliche Basis, den implementierten Politiken oder der diskursiven Anrufung. Trotzdem werden zwei unterschiedliche Phänomene unter den gleichen Begriff versammelt.

Die Brandbreite der Definitionsversuche innerhalb des idealtypischen Strangs ist dabei nicht enden wollend. Verstärkt wird das nochmals durch die jüngste Ausweitung des Populismusbegriffs im europäischen Kontext auf alle politischen Lager. Diese vollzog sich aufgrund neuerer politischer Kräfte in Europa wie PODEMOS in Spanien oder Syriza in Griechenland, aber auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der progressiven Regierungen in Lateinamerika. Die Bandbreite des Spektrums an politischen Kräften, die im idealtypischen Ansatz unter den Begriff des Populismus subsumiert werden, ist dabei durchaus erstaunlich. Auf die Gründe für die Ausdehnung des Begriffs hin befragt, unterstellen manche Beiträge vor allem politische Absichten. »Populistisch« sei primär negativ konnotiert und die Zuschreibung habe deshalb vor allem eine delegitimierende Funktion.⁹ Doch obwohl dem Argument in der politischen Debatte einiges abzugewinnen ist, stellt sich die Frage, ob es auch einen wissenschaftlichen Grund für die Unschärfe des Begriffs innerhalb des idealtypischen Debattenstrangs gibt.

Die Wurzeln einiger Probleme des idealtypischen Ansatzes lassen sich in der bis heute ungeklärten Frage nach dem Definitionskriterium der eigenen Kategorie verorten. Dabei handelt es sich um keine Einzelfälle, sondern um ein grundlegendes methodisches Problem, auf das in der Populismus-Debatte bereits mehrfach hingewiesen wurde (vgl. etwa De la Torre 2017; Gebhard 2016): Einzelne Elemente, die einigen Populismen zweifelsohne zu eigen sind, werden nebeneinandergestellt, ohne ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen (Vilas 2004: 138f.). Grund hierfür ist unter anderem der kaum vorhandene theoretische Abstraktionsgrad. Zudem ist ganz grundsätzlich nach dem Mehrwert solcher phänotypischen Beschreibungen zu fragen. Oder wie Panizza (2005: 2) feststellt:

But while typologies have a useful role to play in political analysis, if they are not built up around a conceptual core they cannot account for the common element that binds together their otherwise heterogeneous elements. Most observers assume the common element to exist when they use the term populism but, for the most part, they do so implicitly and intuitively rather than explicitly and analytically.

9 In der medialen Debatte fungiert der Begriff derzeit häufig ganz unverblümt als Delegitimierungsinstrument gegenüber politischer Alternativen, was einer notwendigen Begriffsschärfung nicht zuträglich ist. Wie Oliver Marchart (2017) argumentiert, zeichnet diesen »liberalen Antipopulismus« die gleiche Inhaltsleere aus, die er dem Populismus zum Vorwurf macht. D'Eramo (2013) sieht in der Unschärfe sogar den politischen Sinn und Zweck des Begriffs. Wie er zeigt, ist der Aufstieg des Begriffs mit dem Projekt eines liberalen Revisionismus in den USA und dem Kalten Krieg verknüpft. Im Zuge dieser Revision würden die frühen populistischen Bewegungen zur Jahrhundertwende zunehmend als protofaschistisch dargestellt. Die Bezeichnung »populistisch« – argumentiert D'Eramo (2013) – fungiere in diesem Zusammenhang als begriffliches Bindeglied zwischen Faschismus und Kommunismus.

Aufgrund dieser Vorgehensweise werden alltagsverständlich als »populistisch« kategorisierte Phänomene unter den gleichen Begriff subsumiert, um dann gemeinsame Charakteristika zu destillieren. Die Bestimmung als »Populismus« erfolgt also bereits vorweg. Die Mängel einer solchen »Ad-hoc-Methode« regten Laclau (2007b: 5-7) dazu an, einen anderen Weg der Definition einzuschlagen.

Interessanterweise könnte das Problem bereits ganz zu Beginn der Populismusforschung begonnen haben (ausführlich findet sich das nachfolgende Argument in Boos 2018c). Als die ersten historischen Phänomene, die unter den Begriff »Populismus« zu subsumieren sind, werden innerhalb dieses Strangs zumeist die russischen *Narodniki* und die US-amerikanische *People's Party* angeführt. Allerdings drängt sich die Frage auf, durch welches Kriterium sich eine solche gemeinsame Kategorisierung rechtfertigen lässt. Bereits 1971 stellte Allcock (1971: 372) in seiner »Biografie« des Populismus fest, dass der Begriff »Populismus« zunächst von HistorikerInnen verwendet wurde, die vollkommen unbedacht das russische »Narodnichestvo« als »populism« übersetzten, ohne allerdings einen gemeinsamen inhaltlichen Kern zwischen der US-Bewegung und den russischen *Narodniki* behaupten zu wollen. Selbst Margaret Canovan (1981: 96) kommt in ihrer viel zitierten Studie zu dem Schluss, dass sich die beiden als »populistisch« bezeichneten Phänomene in Russland und den USA ganz offenkundig stark voneinander unterscheiden. Und auf der berühmten Konferenz im Jahr 1967 an der *London School of Economics* (vgl. Ionescu/Gellner 1969) mutmaßte Peter Worsley (1969: 248): »It is probably a verbal coincidence (narod: people, nation etc.), but one which may (as we must consider to be a distinct possibility at this stage) have generated a complete pseudoproblem for comparative analysis.«

Ein weiterer Ansatz, der vor allem in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat, ist der sogenannte »ideational approach« (etwa Mudde 2004; Mudde/Rovira Kaltwasser 2017, 2012). Obwohl er sich teilweise von den oben genannten Ansätzen abgrenzt, koinzidiert er mit ihnen in seiner positivistischen Wissenschaftsauffassung. Der Ansatz wird mittlerweile von einigen der prominentesten WissenschaftlerInnen der Populismusforschung vertreten. Zunächst war der Ansatz vorrangig in Europa präsent. Mittlerweile haben seine VertreterInnen jedoch das explizite Ziel, Vergleiche zwischen unterschiedlichen Regionen und einem breiten Spektrum an politischen Phänomenen, die sie als populistisch betrachten, anzustellen (Rovira Kaltwasser 2012). Hierzu schlagen sie eine minimalistische Definition vor, die seine Ideen – deshalb die Selbstbeschreibung als *ideational* – zum definitorischen Kern des Populismus erklärt (Hawkins/Kaltwasser 2019: 2). Populismus lässt sich ihnen zufolge am besten definieren als eine *thin-centered ideology*:

[W]e define populism as a thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic camps, »the pure peo-

ple« versus »the corrupt elite,« and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people (Mudde/Rovira Kaltwasser 2017: 6, Herv. i. O.).

Mit ihrem Konzept einer *thin-centered ideology* stellen sie sich gegen die Annahme, dass der Populismus keinerlei ideologischen Kern besitze, und definieren diesen stattdessen über die Dreieckskonstellation von *people*, *elite* und *general will* (Mudde/Rovira Kaltwasser 2017: 9–11). In dieser Konstellation sei das Element *people* nicht vollkommen inhaltlich entleert (wie etwa von Laclau angenommen), sondern Populismen würden immer auf einer moralischen Spaltung beruhen, die das Volk als rein imaginäre (Mudde 2017). Der Ansatz knüpft dabei an die Arbeiten Canovans (1981, 1999) an, die die Dichotomie zwischen Volk und Elite als zentralen Angelpunkt des Populismus bereits relativ früh ausmachten. Gleichwohl argumentieren VertreterInnen des *ideational approach*, dass es sich bei der ideologischen Bestimmung um eine minimale handle, weshalb Populismen immer in Kombination mit Fragmenten anderer Ideologien auftraten.

Zusammenfassend lässt sich für den idealtypischen Debattenstrang festhalten: Erkenntnisobjekt der idealtypischen Ansätze sind politische Kräfte, die sie als populistisch begreifen. »Populismus« ist eine Kategorie innerhalb des Spektrums politischer Kräfte, die zu charakterisieren versucht werden. Welche Elemente als Kern des Populismus ausgemacht werden, variiert je nach Ansatz, zumeist sind aber ein populistischer *lider* und eine verführte Masse Bestandteil der Merkmalsliste. Die Integration und Einbindung der AnhängerInnen der populistischen Kraft wird häufig über falsche Versprechen, simplifizierende politische Antworten oder klientelistische Netzwerke erklärt.

An dieser Stelle wird deutlich, warum sich ausgehend von meiner Fragestellung nur schwerlich an jene Ansätze anknüpfen lässt. Die UnterstützerInnengruppen populistischer Projekte – im Sinne von handelnden Subjekten, deren Motive und ihre Identitäten – sind entweder keine Fragen, die jene Ansätze an ihren Untersuchungsgegenstand richten oder sie haben diese im Vorfeld bereits (implizit) beantwortet. De la Torre (2003) hat mit seiner Kritik an der Vorstellung einer passiven Rezeption durch die Massen auf dieses Problem verwiesen und diese Lücke in der Literatur offengelegt.

In diesem Sinne bezeichnet »Populismus« in idealtypischen Ansätzen häufig ebenfalls eine deviante Form. Anders als im Fall des Strukturfunktionalismus sind es jedoch keine Entwicklungsstufen auf dem Weg hin zu einer modernen Gesellschaft, sondern spezifische Vorstellungen demokratischer Prozesse, die als Norm definiert werden. »Populismus« fungiert in idealtypischen Ansätzen als Charakterisierung von tendenziell undemokratischen Prozessen, Politikstilen oder Akteuren und wird somit als Kraft eingeschätzt, die liberal-demokratische Institutionen un-

terminiert. Aufgrund des vergleichenden Anspruchs vernachlässigen sie darüber hinaus häufig Geschichte und Kontext der analysierten Populismen.

Trotz dieser Defizitperspektive gilt es auch festzuhalten, dass es fast ausschließlich Ansätze des idealtypischen Debattenstrangs sind, die das Verhältnis zwischen politischen Institutionen und dem Populismus in den Blick nehmen. Dadurch, dass die hier versammelten Ansätze zumeist mit einem empirischen Demokratiebegriff (Demokratie als Prozess) arbeiten, kommen die Institutionen und Prozesse gesellschaftlicher Aushandlung in den Blick, die in den anderen Debattensträngen kaum eine Rolle spielen. Gerade innerhalb des hegemonietheoretischen Strangs, der vorwiegend mit einem normativen Demokratiebegriff (Demokratie als Idee) arbeitet, führt dies, wie ich in Kürze zeigen werde, zu erheblichen Problemen.

Der *ideational-approach* scheint auf den ersten Blick Überschneidungen mit dem Ansatz Laclaus, der nachfolgend Thema sein wird, aufzuweisen. Ein genauerer Blick offenbart jedoch entscheidende Unterschiede. VetreterInnen wie Mudde insistieren darauf, dass es einen letzten inhaltlichen Kern des Populismus gibt (die moralische Spaltung). Im Besonderen bestehen aber größere Differenzen zwischen den beiden Ansätzen bei ihren epistemologischen und gesellschaftstheoretischen Grundannahmen. Das Erkenntnisinteresse des *ideational-approach* charakterisiert Mudde wie folgt: »[I]t is empirically oriented, positivist, and aimed at developing mid-range theoretical levels.« (Mudde 2017: 40)

2.3 Hegemonietheoretischer Ansatz

Im folgenden Kapitel soll es ausführlich um den dritten Debattenstrang gehen, der sich innerhalb einer hegemonietheoretischen Tradition verortet. Der Strang ist unweigerlich mit dem Namen Ernesto Laclau verknüpft. Das Phänomen des Populismus stellt in gewisser Weise den Start- und Endpunkt des Werkes des 2014 verstorbenen argentinischen Philosophen dar. Bereits während der 1970er Jahre trieb Laclau die Frage nach einer Theorie des Populismus in seiner Aufsatzsammlung *Politik und Ideologie im Marxismus* (von hier an zitiert als PIM) um. 2005, fast dreißig Jahre später, erscheint schließlich *On Populist Reason* (OPR), in dem er versucht eine kohärente Theorie des Populismus vorzulegen.

Das Œuvre Laclaus lässt sich nicht auf seine Populismustheorie verengen. Die größte Aufmerksamkeit hat sicherlich das gemeinsam mit Chantal Mouffe 1985 veröffentlichte Werk *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics* (von hier an zitiert als HSS) erfahren. Erst seit wenigen Jahren im Zusammenhang mit der lateinamerikanischen Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte sowie dem ›Übersetzungsversuch‹ eines linken Populismus für Europa (vgl. Boos/Schneider 2016) ist seine Populismustheorie verstärkt in den Vordergrund gerückt. Ob-

wohl es Brüche in den Problematiken und den zentralen Referenzen Laclaus gibt, werde ich im Laufe meiner Darstellung zeigen, dass der Versuch, dem Populismus theoretisch Herr zu werden, die Hintergrundfolie ist, vor der Laclau seine postfundamentalistische¹⁰ politische Ontologie (vgl. Marchart 2008) entwickelt.¹¹

Mein Ziel im folgenden Kapitel ist es nicht, eine umfassende Einführung in das Gesamtwerk Laclaus vorzunehmen.¹² Im Zentrum steht vielmehr die Diskussion seiner Populismustheorie. Notwendige Bestimmungen aus den anderen Wer-

-
- 10 Marchart (2010, 2013) übersetzt die englische Bezeichnung *post-foundationalism* als Postfundamentalismus. Marchart (2010: 16) – Schüler und Übersetzer Laclaus und selbst Vertreter des Ansatzes – stellt zwar klar, dass sich im Deutschen bisher keine einheitliche Sprachregelung durchgesetzt hat, mir erscheint sein Vorschlag jedoch aus zweierlei Gründen nicht schlüssig, sondern problematisch: Erstens ist im deutschen Begriff »Postfundamentalismus« das zentrale Argument der Theorieströmung, nämlich die Infragestellung und das Fehlen eines letztgültigen Fundamentes nur bedingt aufgehoben. Zweitens beinhaltet der Begriff »Fundamentalismus« auf politischer Ebene spezifische Konnotationen. Er ist nicht nur eine Fremdzuschreibung, sondern wird vor allem nicht als analytischer, sondern politischer Begriff verwendet. Als »fundamentalistisch« werden Positionen markiert, die für Argumente nicht (mehr) zugänglich sind, sondern auf Emotionen, gesetzten Überzeugungen und (religiösen) Glaubenssätzen beruhen, d.h., fundamentalistische Positionen sind eben jene Positionen, die für eine rationale Debatte (nicht mehr) zugänglich sind. Ob gewollt oder nicht, suggeriert diese Begriffswahl somit einen Fundamentalismus aller anderen Ansätze. Es drängt sich die Frage auf, welche Positionen und theoretischen Traditionslinien hier als »fundamentalistisch« markiert werden und ob diese Art der Übersetzung nicht vor allem den Effekt hat, den eigenen Ansatz als jenen Ansatz zusetzen, der alle anderen »fundamentalistischen« Ansätze transzendiert, indem er deren Irrationalität überwindet. Aus diesem Grund werde ich im Folgenden für das Englische *postfoundational* den Begriff »postfundamentalistisch« statt dem von Marchart vorgeschlagenen »postfundamentalistisch« verwenden.
- 11 Typischerweise wird das Werk Laclaus in drei Schaffensphasen eingeteilt (Howarth 2004: 258 ff): erstens eine Phase in den 1970er Jahren, in der Laclau der Frage des Stellenwerts der Ideologie innerhalb des Marxismus nachgeht – zentrale Referenzpunkte sind hier Louis Althusser und in Teilen bereits Antonio Gramsci; zweitens eine stark poststrukturalistisch beeinflusste Phase, die in der Veröffentlichung von HSS 1985 mündet; drittens eine Phase, die an die zweite theoretisch anschließt und die stark Bezug auf psychoanalytische Referenzen in Form von Sigmund Freud und Jacques Lacan nimmt und ihren Ausdruck in OPR aus dem Jahr 2005 findet. (Howarth 2004: 272)
- 12 In der Sekundärliteratur finden sich zahlreiche Einführungswerke und -aufsätze, die zentrale Gedanken und Begriffe seines Werkes präzise erläutern. Für eine deutschsprachige Einführung in die, zusammen mit Chantal Mouffe erarbeitete, Hegemonietheorie vgl. Opratko (2012b); für eine Einschätzung unterschiedlicher Aspekte der Theorie vgl. Nonhoff (2007). Wullweber (2015) gibt einen kompakten Überblick über die ontologischen und epistemologischen Grundannahmen der Theorien, die er als »postpositivistische« Ansätze zusammenfasst. Marchart (2010) liefert eine Darstellung der postfundamentalistischen politischen Ontologie im Kontext anderer sogenannter Linksheideggerianer. Eine erste Bestandsaufnahme für das Wirken der laclauschen Hegemonietheorie in unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Feldern ist wiederum jüngst erschienen (vgl. Marchart 2017).

ken werden dort eingeholt, wo sie erforderlich für das Verständnis der Theorie sind. Eine Schwierigkeit ist, dass Laclaus Begriffe auf unterschiedlichen ›Ebenen‹ operieren, beziehungsweise die Dynamiken des Sozialen ontische Ausdrücke einer grundlegenden ontologischen Logik sind (was damit genau gemeint ist, werde ich in Kürze darlegen). Dabei werden diese Ebenen und die ihnen zugrundeliegenden Fragestellungen nicht immer klar voneinander getrennt. Viele der Begriffe lassen sich für die Logiken von gesellschaftlicher Ordnung, politischer Konflikte bis hin zur Ebene der einzelnen Zeichen denken. Genau diese Vermengung führt auch zu einem der zentralen Probleme des laclauschen Populismusbegriffs, den ich im Anschluss an die Darstellung seiner Theorie im Detail thematisieren werde: die zunehmende Deckungsgleichheit seines Populismusbegriffs mit dem Begriff der Hegemonie. Letzterer steht hier, wie bereits angemerkt, nicht im Zentrum. Laclaus und Mouffes (1991) poststrukturalistische Lesart Gramscis wird deshalb – ausgehend von ihrem Verhältnis zur laclauschen Populismustheorie – thematisiert.¹³

2.3.1 Politik und Ideologie im Marxismus: Populismus als Artikulationsweise von popular-demokratischen Kämpfen und Klassenkämpfen

Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus (PIM) erschien erstmalig 1977 in englischer Sprache und spielt in der heutigen Rezeption der laclauschen Populismustheorie kaum noch eine Rolle. Das mag nicht zuletzt daran liegen, dass es der Phase Laclaus zugerechnet wird, in der dieser noch innerhalb eines marxistischen Frameworks argumentiert (s. Fußnote 11, Kapitel 2). An dem Unterfangen, die Grundannahmen des Marxismus als für überkommen zu erklären, hat der Autor selbst entschieden mitgewirkt. Sind die Erkenntnisse aus PIM deshalb obsolet? Bei einer genaueren Lektüre zeigt sich, dass die entscheidenden Elemente von Laclaus zukünftiger Fragestellung bereits in PIM angelegt sind.

13 Soweit mir bekannt, steht ein systematischer Vergleich der theoretischen Begriffe von HSS und OPR noch aus. Meiner Einschätzung nach lässt sich jedoch argumentieren, dass die Begriffsinhalte und Argumente aus HSS in OPR grundsätzlich die gleichen bleiben, beziehungsweise analog funktionieren und lediglich (teilweise) neue (psychoanalytische) Bezeichnungen erfahren (etwa zur Analogie zwischen den Begriffspaaren »Diskurs«/»Feld« der Diskursivität und »Ontik«/»Ontologie« s. Fußnote 15, Kapitel 2). Das ist natürlich nicht verworfen, bringt aber Probleme im Hinblick auf die Differenzierung von Hegemonie und Populismus mit sich. Im Speziellen aus theoriegeschichtlicher Sicht wäre ein solcher Vergleich spannend. So lässt sich bis heute in der Rezeption Laclaus folgende Spaltung wahrnehmen: Eine Rezeptionslinie, die ausgehend von HSS Laclau als Theoretiker der Differenz und Pluralisierung von Kämpfen wahrnimmt, und eine andere, die Laclau als Denker der Äquivalenz und der populistischen Dichotomisierung rezipiert. Aus meiner Sicht lässt sich allerdings begründet argumentieren, dass die von ihm in OPR affirmierte populistische Logik in seinem Werk von Beginn an präsent war.

Sie werden von Laclau allerdings nicht nur im vierten Kapitel (*Zu einer Theorie des Populismus*) des Werkes argumentiert, sondern bereits im vorherigen Kapitel (*Faschismus und Ideologie*), in dem er sich mit der Faschismusanalyse Nicos Poulantzas' auseinandersetzt.

Für Poulantzas ist der Faschismus die Folge zweier Prozesse. Einerseits ist er die Zuspitzung der Widersprüche im herrschenden Block. Andererseits folgt er aus der falschen strategischen Ausrichtung der ArbeiterInnenklasse, die dem Ökonomismus jener Jahre geschuldet sei (PIM: 79-82). Laclau pflichtet Poulantzas in seiner Kritik an einer ökonomistisch verengten Faschismusanalyse der Kommunistischen Internationalen bei, allerdings – so der Einsatzpunkt Laclaus – sei diese wertlos, insofern als Poulantzas einen Klassenreduktionismus beibehalte (PIM: 108). Stattdessen ist die These Laclaus, »dass der Faschismus nur möglich war, weil die Arbeiterklasse, in ihrem reformistischen wie in ihrem revolutionären Flügel, das Feld des popular-demokratischen Kampfes preisgegeben hat« (PIM: 108). Anstatt die popular-demokratischen Forderungen der Mittelklassen, welche zentral für den Faschismus an der Macht waren, mit dem sozialistischen Diskurs zu artikulieren, habe die ArbeiterInnenklasse keinen »Willen zur Hegemonie« (PIM: 112) gehabt und dieses »Terrain *par excellence* für den politischen Klassenkampf« (PIM: 99, Herv. i. O.) dem Faschismus überlassen.

Laclau markiert in diesem frühen Text nicht nur bereits die popular-demokratischen Kämpfe als den Gegenstand seiner späteren theoretischen Überlegungen, sondern deutet bereits seine zweite zentrale Fragestellung durch die Kritik an Poulantzas' Ideologiebegriff an. Poulantzas ordne bestimmte ideologische Inhalte spezifischen Klassen zu, was jedoch immer eine willkürliche Zuordnung sei (PIM: 82-86). Laclau zufolge sei die exakt gegenteilige Vorgehensweise notwendig, nämlich

anzunehmen, dass ideologische ›Elemente‹, isoliert betrachtet, keine notwendigen Klassen-Konnotation haben, und dass diese Konnotation erst das Resultat der Artikulation dieser Elemente in einem konkreten ideologischen Diskurs ist. Die Analyse des Klassencharakters einer Ideologie setzt daher voraus, zu untersuchen, was die spezifische Einheit eines ideologischen Diskurses begründet (PIM: 87).

Wie deutlich wird, stellt Laclau bereits zu diesem Zeitpunkt den Zusammenhang zwischen spezifischen gesellschaftlichen Akteuren und spezifischen ideologischen Inhalten infrage. Dass ein solcher Zusammenhang zustande komme, ist aus seiner Sicht nicht garantiert, sondern das Ergebnis von Artikulation.

Dem Problem des Populismus wendet sich Laclau dann explizit im vierten Kapitel des Buches *Zu einer Theorie des Populismus* zu. Hierzu arbeitet er sich zunächst an existierenden Ansätzen ab und kritisiert an ihnen jene Vorgehensweise, die ich im Hinblick auf den idealtypischen Debattenstrang als ›Ad-hoc-Methode‹ bezeichnet habe. Zu diesem Zeitpunkt widmet sich Laclau (PIM: 146-158) schwerpunktmä-

ßig noch den Ansätzen von Germani und Di Tella (Kapitel 2.1). Diese Referenzen auf die lateinamerikanischen Debatten werden sukzessive im Laufe seines Schaffens verschwinden. Denen von ihm kritisierten Ansätzen stellt er ein »theoretisches System [...], in dessen Zentrum der Begriff der *popular-demokratischen Anrufung* steht« (PIM: 124, Herv. i. O.) entgegen.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Nicht-Entsprechung von Klasse und einer spezifischen Ideologie. Klassen seien zwar »die Pole antagonistischer Produktionsverhältnisse, [hätten aber] auf der ideologischen und politischen Ebene keine *notwendige* Existenzform« (PIM: 139, Herv. i. O.). D.h., »[W]enn man von der Klassendetermination der Überbauten ausgeht, bedeutet das nicht, die *Form*, in der diese Determination stattfindet zu bestimmen« (PIM: 138, Herv. i. O.). Das zentrale Argument Laclaus ist demzufolge, dass der Klassencharakter einer Ideologie nicht durch seinen Inhalt, sondern seine Form bestimmt wird, wobei »Form« für ihn ein »spezifische[s] Artikulationsprinzip« beschreibt (PIM: 139). Laclau »schwimmt« mit dieser Argumentation die politische und ideologische Ebene von einer inhaltlichen Klassendetermination frei, ohne dabei die Produktionsverhältnisse als gesellschaftsordnendes Prinzip endgültig aufzugeben.

Das Auflösen der Verbindung zwischen den beiden Ebenen hat entsprechende Folgen. Geht man von einer Nicht-Entsprechung zwischen Klasse (auf Ebene der Produktionsverhältnisse) und spezifischen ideologischen Inhalten (auf politischer und ideologischer Ebene) aus, so bedeutet das konsequenterweise, dass die ideologischen Elemente zunächst klassenunspezifisch sind. Die (temporäre und stets umkämpfte) Verknüpfung dieser Inhalte – Laclau (PIM: 140) spricht von »Rohmaterial« – mit dem Klassendiskurs ist jener Prozess, den Laclau »Artikulation« nennt. Hierbei handelt es sich für ihn um nichts Geringeres als den ideologischen Kampf (PIM: 140f.).

In welcher Verbindung stehen diese Argumente mit dem Populismus? Die Analyse von Populismen, so Laclau (PIM: 144), lege den Bezug auf das Volk als gemeinsamen Nenner (»analoge Basis«) offen. Eine präzise inhaltliche Bestimmung von »Volk« aber sei zunächst nicht möglich. Das begründet die Vagheit des Populismusbegriffs. Bei genauerer Betrachtung zeige sich jedoch, dass im Volksbegriff, trotz jener Vagheit, ein spezifischer Widerspruch, nämlich der zwischen Volk und Machtblock aufgehoben sei. Dieser abstrakte Widerspruch konkretisiere sich in den historischen Erfahrungen von Volkskämpfen und -traditionen und ihren popular-demokratischen Forderungen. Im Gegensatz zu den Klassenkämpfen seien diese popular-demokratischen Kämpfe indes nicht auf Ebene der Produktionsverhältnisse, sondern auf Ebene des Politischen und Ideologischen angesiedelt, so Laclau (PIM: 144-146).

Wir finden bei Laclau also folgende Begriffsanordnung: Klassen und Klassenkämpfe sind auf Ebene der Produktionsverhältnisse konstituiert, Volkskämpfe hingegen auf Ebene der konkreten Gesellschaftsformation und des Politischen und

Ideologischen. Während Letztere eine längere historische Tradition und Kontinuität aufwiesen, komme den Produktionsverhältnissen ein qualitativ höheres Gewicht zu, da sie die historischen Prozesse entscheidend bestimmen würden (PIM: 145).

Allerdings stellt Laclau (PIM: 171f.) die beiden Ebenen nicht unverbunden nebeneinander, sondern sieht Volk und Klasse in einem dialektischen Verhältnis, weshalb beide Ebenen stets auf ihr Gegenüber als ›Artikulationsmedium‹ angewiesen seien. Das Ringen der Klassen um Hegemonie sei das Ringen darum, ihren Klassendiskurs mit dem zunächst klassenunspezifischen Rohmaterial – respektive den popular-demokratischen Elementen – auf Ebene des Politischen und Ideologischen zu artikulieren. Die zuvor von Laclau eingeführte Nicht-Entsprechung zwischen »Klasse« und »Ideologie« gibt das Politische und Ideologische also frei für den ideologischen Klassenkampf d.h. den Versuch, diese mit einem Klassendiskurs zu artikulieren. Gleichzeitig könne umgekehrt in diesem dialektischen Verhältnis zwischen beiden Ebenen, »[d]er Widerspruch ›Volk/‹Machtblock nicht ohne Klassen entwickelt werden« (PIM: 172).

Gleichwohl reicht für Laclau der Bezug auf popular-demokratische Element noch nicht aus, um von »Populismus« zu sprechen. Vielmehr müsse der in ihnen enthaltene Widerspruch von Volk/Machtblock in einer spezifischen Weise, nämlich in einer antagonistischen artikuliert werden. Zusammengefasst in Laclaus Worten (PIM: 151): »Unsere These ist, dass der Populismus die popular-demokratischen Anrufungen als synthetischen, der herrschenden Ideologie antagonistisch gegenüberstehenden Komplex präsentiert.«

In OPR wird Laclau den Populismus inhaltlich vollkommen entleeren. Zu diesem Zeitpunkt unterscheidet er hingegen noch zwischen einem »Populismus der herrschenden Klassen« und einem »Populismus der beherrschten Klassen« (PIM: 151). Sein ideologietheoretisches Argument ist dabei, dass der Klassencharakter einer Ideologie nicht in ihrem Inhalt, sondern ihrer Form aufgehoben ist. Konsequenterweise muss der Unterschied zwischen verschiedenen Klassenideologien auch in ihrer abweichenden Form begründet werden, wobei »Form« für ihn – wie oben argumentiert – gleichbedeutend mit einem spezifischen Artikulationsprinzip ist. Dieser Logik folgend argumentiert Laclau, dass die Ideologie der herrschenden Klassen zwar in der Lage sei, popular-demokratische Elemente zu integrieren, allerdings über eine Abschwächung des ihnen innenwohnenden Antagonismus von Volk/Machtblock operiert. Der Antagonismus werde zu einem bloßen Unterschied modifiziert (PIM: 151).

Später in OPR beschreibt Laclau diesen Einbindungsprozess als differentielle Integration von *demands* und identifiziert ihn als die Logik der Differenz und Administration. Während sein Argument zu einem späteren Zeitpunkt jedoch auf die Einbindung von gesellschaftlichen Anliegen in die bestehende institutionelle Ordnung im Allgemeinen abzielt, richtet sich sein Erkenntnisinteresse in PIM »nur«

auf die Artikulation politischer Ideologien. Gleichwohl entsteht für ihn bereits zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit eines Populismus mit einer ausbleibenden Integration popular-demokratischer Elemente. Allerdings nimmt Laclau in seinem frühen Populismusbegriff noch die bereits genannte Kategorisierung zwischen einem »Populismus der herrschenden Klassen« und einem »Populismus der beherrschten Klassen« vor (PIM: 151). Worin besteht für ihn der Unterschied zwischen beiden?

Im Zuge eines »Populismus der Herrschenden« greife eine Fraktion der Herrschenden den Antagonismus Volk/Machtblock mit dem Ziel auf, Modifikationen im Machtblock voranzutreiben. Statt allerdings das revolutionäre Potenzial des Antagonismus Volk/Machtblock mittels der Artikulation mit einem Klassendiskurs auszuschöpfen, leite der »Populismus der Herrschenden« dieses Potenzial auf »Erersatzantagonismen«, wie etwa rassistische oder antisemitische Spaltungslinien um. Deshalb bewege sich der »Populismus der Herrschenden« immer in einem Spannungsverhältnis, das dazwischen schwankt, den »Antagonismus zu *entwickeln* und ihn trotzdem in gewissen Grenzen zu halten« (PIM: 152, Herv. i. O.).

Demgegenüber versuche ein »Populismus der beherrschten Klassen« eben jenes revolutionäre Potenzial durch die Artikulation der popular-demokratischen Elemente mit einem Klassendiskurs voranzutreiben. Die Gemeinsamkeit zwischen popular-demokratischen Elementen und Klassendiskurs sei, dass sie in ihrer radikalsten Form auf die Abschaffung des Staates abzielten: »*Im Sozialismus fallen daher die höchste Form des »Populismus« und die Lösung des letzten und radikalsten Klassenkonflikts zusammen.*« (PIM: 173, Herv. i. O.)

Das letzte Argument ist aus heutiger Perspektive bemerkenswert, nachdem Laclau sich im Anschluss an PIM daran begibt, die Bedeutung von »Klasse« für ein emanzipatorisches Projekt zu dekonstruieren. Nicht zuletzt deshalb wird PIM zu meist einer ersten Schaffensphase zugerechnet, in welcher Laclau »noch« innerhalb eines materialistischen Theorierahmens operiere (Howarth 2004). Gleichwohl lässt sich diese allgemeine Unterteilung in Schaffensphasen nun im Hinblick auf seine Populismustheorie präzisieren.

Die Zuordnung von PIM in eine marxistische Schaffensphase scheint sich zunächst dahingehend zu bestätigen, dass Laclau zu diesem Zeitpunkt am Primat der Klassenkämpfe festhält. Auch steht im Zentrum seines Erkenntnisinteresses das Verhältnis zwischen Sozialismus und Populismus. In der heutigen Rezeption weitestgehend unbeachtet, war jenes Verhältnis eine zentrale Auseinandersetzung in der lateinamerikanischen Linken in den 1970er Jahren. Nach den Militärputschen in vielen lateinamerikanischen Ländern diskutierten die Intellektuellen im Exil die Fehler der Linken (vgl. Gago 2012; Tula et al. 2009). Wie ich in Kapitel 4 zur Geschichte der argentinischen Mittelklasse genauer nachzeichnen werde, verhandelten diese Diskussionen auch die eigenen Fehleinschätzungen im Hinblick auf den Peronismus. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Intervention Laclaus lesen. Sie adressiert unter anderem die analytische »Sprachlosigkeit« des Marxis-

mus in Bezug auf die national-popularen Regierungen in Lateinamerika während jener Jahre.

Auch bestätigt sich die Einordnung von PIM in eine frühere Schaffensphase im Hinblick auf die zugrundeliegende Fragestellung. Laclaus Hinwendung zu einer universellen politischen Ontologie des Sozialen hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollzogen. Demzufolge steht der Populismus als gesellschaftliches Phänomen zur Debatte und nicht als spezifische soziale Logik. Vereinfacht gesagt, verfolgt PIM im Gegensatz zu späteren Schriften noch ein gesellschaftsanalytisches und weniger ein gesellschaftstheoretisches Interesse.

Die klare Trennung zwischen PIM und seinen späteren Werken gilt es allerdings dahingehend zu relativieren, dass Laclaus zentraler Einsatzpunkt hier bereits die Kritik an einem Klassenreduktionismus ist, der jegliche Logik sozialer Kämpfe auf jene der Klassenkämpfe reduziert. Auch sind in seiner Analyse bereits all jene Elemente angelegt, die er gemeinsam mit Chantal Mouffe in HSS vollends ausarbeiten wird. Allerdings versucht Laclau in PIM noch das Verhältnis zwischen popular-demokratischen Kämpfen und Klassenkämpfen zu bestimmen. Dieses Verhältnis spielt in HSS keine Rolle mehr. Die Klassenkämpfe sind dort nur noch ein Typus von Kämpfen unter zahlreichen anderen, weil Laclau und Mouffe jegliche Privilegierung aufgeben und stattdessen argumentieren, dass alle Kämpfe der gleichen universellen politischen Logik des Sozialen gehorchen – der Logik der Hegemonie (HSS: 35). Ab diesem Zeitpunkt verdrängt der Unterschied zwischen popularen (Logik der Äquivalenz) und demokratischen Kämpfen (Logik der Differenz) das Verhältnis zwischen Klassenkämpfen und popular-demokratischen Kämpfen aus dem Zentrum des Erkenntnisinteresses. Angelegt ist die Unterscheidung selbst jedoch bereits in PIM. In einem der deutschen Ausgabe hinzugefügten Vortrag von 1979 findet sie sich sogar explizit ausformuliert. In diesem Vortrag unterscheidet Laclau zwischen einer »demokratisch diskursiven Position« und einer »popular diskursiven Position« (PIM: 176-185).

Ein entscheidendes Problem der späteren Populismustheorie in OPR, welches ich am Ende des Kapitels noch einmal im Detail diskutieren werde, deutet sich in PIM ebenfalls bereits an. Der Vergleich dieses frühen Definitionsversuchs mit jenem in OPR legt offen, dass Laclau in seiner späteren Definition eine Art »ungleiche Entleerung« der beiden Pole des Antagonismus vornimmt. Während er in OPR weiterhin auf die Konstruktion eines Volkes beharrt, wird der Pol des Machtblocks zu einem unbestimmten Gegenüber (einer institutionalisierten Ordnung im abstrakten Sinn). Auch wenn diese Frage hier nicht abschließend gelöst werden kann, gibt diese Beobachtung Hinweise darauf, warum Laclaus Populismusdefinition in OPR zu universell ist und deshalb deckungsgleich mit dem Begriff der Hegemonie wird: Begreift man »Hegemonie« als eine politische Logik ab dem Zeitpunkt der Begründung und auf dem Terrain der modernen bürgerlichen Gesellschaft, zeigt sich, dass das ungleiche Auflösen der Pole von Volk/Machtblock diese politi-

sche Konstitutionslogik aus dem Feld des Staates – im Sinne der sich als legitimer Souverän verstehenden Subjekte – zu einem allgemeinen Prinzip des Sozialen ausweitet. Das Volk wird beibehalten, der Pol des Machtblocks aber aufgelöst in ein allgemeineres institutionelles Setting, welches dem Existierenden gleichkommt.

Zusammenfassend lässt sich für den frühen Populismusbegriff Laclaus also feststellen: Ist der Populismus für den Strukturfunktionalismus der Ausdruck einer spezifischen Entwicklungsstufe, für die idealtypischen Ansätze eine (wenn auch sehr unscharfe) Kategorie innerhalb des politischen Spektrums, bezeichnet Populismus für Laclau zu diesem Zeitpunkt eine spezifische Artikulationsform zwischen gesellschaftlichen Akteuren (Klassen) und Ideologie. Im Gegensatz zu den anderen beiden großen Debattenlinien konzipiert er diesen nicht als defizitäre Abweichung. Im Gegenteil: Seine Intervention richtet sich gegen die, aus seiner Sicht, strategischen Defizite einer sozialistischen Strategie, die, so ließe sich sagen, »zu wenig Populismus wage«.

2.3.2 Populismus und postfundationalistische Ontologie

In OPR hat sich Laclaus Erkenntnisinteresse bedeutend verschoben. Javier Balsa (2007) vergleicht Laclaus Populismustheorie(n) mit einer Parabel. OPR repräsentiert in dieser Parabel den Endpunkt einer in den 1970ern begonnen Reflexion über den Populismus, die an einer anderen (theoretischen) Stelle und mit einem anderen Erkenntnisinteresse ihren Ausgang nahm, als sie endete. Der laclausche Populismusbegriff am Ende dieser »Reise« erschließt sich nur vor dem allgemeinen Hintergrund der postfundationalistischen politischen Ontologie, die Laclau auf dem Weg dorthin entwickelt. Die zentralen Überlegungen werden im Nachfolgenden erläutert, damit verständlich wird, auf welchen ontologischen Grundannahmen sein Populismusbegriff aufsetzt. Auch lassen sich so häufig zu beobachtende Missverständnisse verhindern, die in der Gegenüberstellung seines Ansatzes mit anderen bereits genannten Populismustheorien zu beobachten sind.

Laclau reiht sich mit seinem postfundationalistischen Unterfangen in eine Generation an TheoretikerInnen ein, deren Überlegungen um einen Zusammenhang kreisen, den Marchart *die politische Differenz* (2008) nennt. Den VertreterInnen ist gemein, dass sie Unterscheidungen wie jene zwischen »dem Politischen« und »der Politik« in ihre politische Theorie einführen (müssen), um ein »ontological weakening« (Marchart 2008: 14) von Konzepten wie Universalität, Gesellschaft, oder eben auch Politik betreiben zu können.

Doch was ist mit »ontologischer Schwächung« gemeint? Die postfundationalistischen Ontologien behaupten die Unmöglichkeit einer endgültigen Fundierung von (gesellschaftlicher) Totalität. Alle Fundierungsversuche sind für sie immer prekär und kontingent, da es keinen letzten ontologischen Grund gibt, auf dem sie errichtet werden könnten. Allerdings behaupten VertreterInnen einer solchen

Perspektive zwar die Unmöglichkeit eines ultimativ letzten Grundes, nicht jedoch die Abwesenheit jedweder Fundierungen (Marchart 2008: 14). Im Gegenteil: Die permanenten, aber immer zum Scheitern verurteilten Versuche der Fundierung sind gleichsam unmöglich wie notwendig. In dem Wechselspiel von Versuch und Scheitern ermöglicht die ihm vorgängige ontologische Unmöglichkeit eines letzten Grundes erst die Pluralität an Fundierungsversuchen (Marchart 2008: 15).

Aus dieser ersten Überlegung entspringen in einem zweiten Schritt die bereits erwähnten Unterscheidungen. Denn nimmt man die Unmöglichkeit eines letztgültigen Grundes zeitgleich mit der Existenz und Pluralität möglicher kontingenter Fundierungen an, müssen die beiden Annahmen einen anderen theoretischen Status haben (nachdem erstere Annahme, der letzteren vorgängig ist, d.h., gewissermaßen deren »Funktionsweise« bestimmt) (Marchart 2008: 17). Deshalb führen die postfundamentalistischen Perspektiven jene Differenzierung zwischen »dem Politischen« und »der Politik« in Anlehnung an Heideggers »ontologische Differenz«, d.h. seiner Unterscheidung zwischen »Sein« auf ontologischer Ebene und »Seiendem« auf ontischer Ebene ein.¹⁴ Die Differenzierung zielt dabei ab auf »the difference between (ontic) actuality and its (ontological) possibility, i.e. that surplus of possibility which gets lost the moment possibility actualizes itself.« (Žižek 1994: 74). Die ontologische Möglichkeit ist, den postfundamentalistischen Theorien nach, erst die Möglichkeitsbedingung für die ontische »Erscheinung«. Gleichzeitig subvertiert sie diese ontische Konkretisierung permanent – und ist in ihr als Mangel präsent, indem sie verunmöglicht, dass sich diese als letztgültig gründet, da sie permanent anzeigt, dass diese nur eine Möglichkeit unter anderen ist (Laclau/Zac 1994: 29f.).¹⁵

14 Diese Unterscheidung hat ihre Wurzeln in Heideggers Chiasmus von Grund und Ab-Grund. Mit ihm beschreibt Heidegger das Verhältnis zwischen Grund und Ab-Grund, von dem er behauptet, dass beide ineinander präsent sind, ohne ident zu sein. In Ersterem ist Letzterer in Form eines permanenten Entziehens des Grundes präsent und somit dessen untrennbarer Bestandteil. (Marchart 2008: 19f.)

15 Wie erwähnt, entlehnt Laclau die Unterscheidung zwischen »ontologisch« und »ontisch« bei Martin Heidegger. Meines Wissens nach taucht sie bei Laclau das erste Mal in einem gemeinsam mit Lilian Zac (1994) veröffentlichten Aufsatz auf und findet in weiterer Folge zunehmend Eingang in seine Theorie. Ihre inhaltliche Bedeutung scheint allerdings deckungsgleich mit jener Unterscheidung zwischen dem »Feld der Diskursivität« und »Diskurs« zu sein, die Laclau und Mouffe bereits in HSS vornehmen. Dort schreiben sie: »Demgemäß ist also weder absolute Fixiertheit noch absolute Nicht-Fixiertheit möglich. Wir wollen nun diese beiden zusammenhängenden Momente betrachten und beginnen mit der Nicht-Fixiertheit. Auf den »Diskurs« haben wir uns als ein System differenzieller Entitäten, also von Momenten, bezogen. Wir haben jedoch gerade gesehen, dass solch ein System nur als partielle Begrenzung eines »Bedeutungsüberschusses« existiert, der es untergräbt. Da dieser »Überschuss« jeder diskursiven Situation inhärent ist, ist er das notwendige Terrain für die Konstitution jeder sozialen Praxis. Wir werden es das Feld der Diskursivität nennen. Dieser Begriff gibt die

Soweit die Zusammenfassung des postfundamentalistischen Grundgedankens, allerdings geht Laclaus postfundamentalistische politische Ontologie gewissermaßen über die seiner MitstreiterInnen hinaus. Sie ist eine »politische« Ontologie, weil das Soziale die Sedimentierungen des Politischen für Laclau sind – seine Ontologie kehrt das Verhältnis zwischen dem Sozialen und dem Politischen um. Laclaus politische Ontologie behauptet ein Primat des Politischen gegenüber dem Sozialen, d.h., Ersteres wird hier nicht als ein Teilbereich oder Ausdruck von Letzterem verstanden, sondern das Politische instituiert das Soziale überhaupt erst (Marchart 2008: 134f.).¹⁶ An dieser Stelle wird die Tragweite des laclauschen Vorschlags offensichtlich: Für ihn geht jeglicher Form (Sedimentierung) des Sozialen ein politischer Akt voraus (Marchart 2008: 149).

Somit ist die postfundamentalistische Unterscheidung zwischen dem Politischen und der Politik bei Laclau in der Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Sozialen aufgehoben (Marchart 2008: 135). Das Soziale sind für ihn die sedimentierten diskursiven Praktiken, d.h., die ontischen Spuren von (vergangenen) Versuchen, eine Totalität zu instituieren, welche jenen Momenten gleichkommen, in dem die ontologische Kategorie des Politischen auf den Plan tritt (Marchart 2008: 138-142). Der Begriff »Gesellschaft« drückt in diesem Setting somit den permanent vollzogenen, aber letztendlich immer zum Scheitern verurteilten Versuch der letztgültigen Instituierung einer Totalität aus. Da aber die Vorstellung einer geschlossenen gesellschaftlichen Totalität für Laclau überkommen ist (weil es niemals einen letzten ontologischen Grund geben kann), deklariert er die »impossibility of society« (Laclau 1990a) und spricht statt von »Gesellschaft« von »dem Sozialen«: »The social only exist as the vain attempt to institute that impossible object: society.« (Laclau 1990a: 92)

»Das Soziale« sind für Laclau also Sedimentierungen des Politischen. Anders als der Begriff zunächst suggerieren mag, wohnt den sozialen Sedimentierungen allerdings stets das Potenzial inne, repolitisiert zu werden – der Moment des Politischen ist nicht nur jener Moment ihrer Instituierung, sondern auch ihrer Re-

Form seiner Beziehung zu jedem konkreten Diskurs an: Er bestimmt zugleich den notwendigerweise diskursiven Charakter jedes Objekts und die Unmöglichkeit jedes gegebenen Diskurses, eine endgültige Naht zu bewerkstelligen.« (HSS: 163, Herv. i. O.)

- 16 Die politischen Konsequenzen dieser Perspektive sind weitreichender, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Iñigo Errejón (2014), glühender Laclauianer und einer der Köpfe hinter der populistischen Strategie von PODEMOS in Spanien, benennt als Ausgangspunkt dieser Strategie einen Tabubruch mit dem (Handlungs-)Paradigma der Linken, das besagt, dass zunächst soziale Kräfte gesammelt werden müssten, um diese Kräfte dann in politische Mehrheiten umsetzen zu können. Die politische ›Wette‹ von PODEMOS sei es hingegen gewesen, die eine politische Konstruktion von oben ermöglicht habe.

aktivierung (Marchart 2008: 142).¹⁷ – oder wie Marchart (2008: 148) anschaulich formuliert: »Das Soziale« ist bei Laclau eine Art »sleeping mode« of the political«.

Wie sich im weiteren Verlauf der Darstellung zeigen wird, sind »Reaktivierung« oder »Repolitisierung« in diesem Zusammenhang gleichbedeutend mit der »Einführung« eines Antagonismus, wobei Letzteres seinerseits nichts anderes heißt, als die latente Dislokation, die einer jeden Konstellation innewohnt, zu thematisieren/repolitisieren (Thematisieren/Repolitisieren lässt sich innerhalb des laclauschen Theorieuniversums wiederum als »Verweis auf Kontingenzt« übersetzen).

An diesem Punkt sei bereits eine erste Einordnung der späten Populismustheorie Laclaus vorweggenommen. Im vorangegangenen Unterkapitel habe ich dargelegt, warum viele idealtypische Ansätze den Populismus als Gefahr für die Demokratie sehen. Demgegenüber ist der Populismus für Laclau von seinem Wesen her demokratisierend. Er (re-)politisiert die bestehenden Verhältnisse, exponiert deren Kontingenz und eröffnet dadurch die Möglichkeit für Alternativen. Die beiden kontradiktorischen Einschätzungen sind somit darin begründet, dass sie mit unterschiedlichen Demokratiebegriffen operieren. Während viele idealtypische Ansätze mit einem empirischen Demokratiebegriff arbeiten, d.h., die Verfahren, Aushandlungsprozesse und politischen Institutionen im engen Sinne diskutieren, verortet sich der laclausche Ansatz in einer polittheoretischen Debatte normativer Demokratiebegriffe, d.h. dem Wettstreit unterschiedlicher Ideen, darum, was die »gute« Ordnung ist, die sich eine Gemeinschaft gibt. Viele zu Beginn des Unterkapitels geschilderten Missverständnisse beruhen auf einer Vermengung der beiden Ebenen. Laclau selbst hat aufgrund seines Desinteresses an Institutionen (s. Einwand II und III) wenig zur ersten Debatte beizutragen. Der normative Demokratiebegriff hinter vielen idealtypischen Ansätzen hat wiederum seine Wurzeln in einem liberalen Politikbegriff, was dazu führt, dass die Ansätze den Populismus als antidemokratisch charakterisieren (vgl. etwa Müller 2016; Urbinati 1998; differenzierter Arditì 2005). Wie ich an anderer Stelle gezeigt habe (Boos 2018c; Boos/Opratko 2016), ist eines der Ziele Laclaus in OPR jedoch genau die Kritik an einem liberalen Politikbegriff, der stets annehmen muss, dass »die schon konstituierten Verfahren ausreichende Spielräume für Einspruch und Kritik erlauben« (Möller 2017: 254). Solchen Demokratisierungsvorstellungen stellt Laclau die »negativ-kontestatorische Funktion« (Möller 2017: 247) des Populismus entgegen.

Im Laufe der Diskussion der laclauschen Populismustheorie werden diese abstrakten Einlassungen verständlicher werden. Sie sind insofern wesentlich, als eben jenes Wechselspiel zwischen der Unmöglichkeit einer endgültigen Fundierung und

17 Marchart (2008: 141f.) argumentiert zudem, dass – obwohl von Laclau selbst nicht immer eindeutig differenziert – dieser ebenfalls eine Unterscheidung zwischen dem Politischen und Politik andeutet: »[T]he difference seems to lie between the ontological moment of the political and the latter's ontic enactment (which is termed ›politics‹).«

dem gleichzeitigen und permanenten Versuch, eine solche zu begründen, die unterschiedlichen Elemente der laclauschen Theorien und deren Verhältnis zueinander informiert. Der Grund hierfür verbirgt sich im theoretischen Stellenwert, den Laclau dem Populismus mittlerweile zugesteht und der zu seinem eigentlichen Erkenntnisinteresse geworden ist. Laclaus Erkenntnisinteresse hat sich im Vergleich zu PIM weg von einem gesellschaftsanalytischen hin zu einem gesellschaftstheoretischen Interesse verschoben – die in PIM beginnende Parabel der laclauschen Populismustheorie findet in OPR ihren Abschluss.

2.3.3 Grundbegriffe des laclauschen Theorieuniversums

Gemeinsam mit Chantal Mouffe erarbeitet Laclau viele der Grundbegriffe von OPR bereits in HSS und in jenen Schriften, die man als ›Zwischenwerke‹ bezeichnen kann. In der Phase zwischen HSS und OPR publiziert Laclau zahlreiche Beiträge, in denen er einerseits versucht, das entworfene Theoriegebäude gegen grundlegende Einwände an einer post-marxistischen Perspektive (Geras 1987, 1988; Mouzelis 1988) zu verteidigen. Andererseits füllt er theorieimmanente Leerstellen, indem er seine Begriffe sukzessive weiter ausdefiniert. Die meisten dieser vertiefenden Beiträge sind in *New Reflections on the Revolution of Our Time* (1990) und *Emancipation(s)* (1996) versammelt. In diesen beiden Aufsatzsammlungen spielt der Populismus als expliziter Untersuchungsgegenstand keine Rolle, allerdings wenden sich Laclaus Überlegungen zunehmend der in HSS erstmals angedeuteten Fragestellung nach der Formierung von kollektiven Identitäten zu. Explizit benannt wird diese im 1994 von Laclau herausgegebenen *The Making of Political Identities*. Bis zu seinem Tod 2014 bleibt das Feld der politischen Identitäten Laclaus primäres Untersuchungsobjekt. Im Nachfolgenden werden deshalb die zentralen Theoriebausteine des laclauschen Theorieuniversums erörtert.

2.3.3.1 Signifikat, Signifikant und Artikulation

Die Logik des Sozialen entnimmt Laclau der Diskurstheorie. Seine postfundamentalistische politische Ontologie entwickelt Laclau ausgehend von Begriffen, die er der Linguistik entlehnt. Allerdings umfasst sein Begriff von »Diskurs« nicht nur Sprache im eigentlichen Sinne, sondern er wird auf die sozialen Verhältnisse insgesamt angewandt: »[Discourse] compromises all forms of (relatively) stabilized social actions. [...] Hence discourse is another word for a spatially and temporally sedimented horizon of truth. In this sense, it refers to the whole social constitution of a specific society« (Wullweber 2015: 5). Ein solches Verständnis »ontologisiert« den Begriff des Diskurses, d.h., bezogen auf die oben dargelegten postfundamentalistischen Grundannahmen, findet eine Übertragung auf das Soziale im Allgemeinen statt: »[T]he nature of ›being‹ changes from the perspective of discourse theory

– the field of objectivity is now understood in terms of the discursive. The theory of ›being‹ turns into a theory of the production of meaning.« (Marchart 2008: 149)

Ausgangspunkt dieser Ontologisierung ist die strukturalistische Sprachtheorie Ferdinand de Saussures, mithilfe derer Laclau und Mouffe das Verhältnis zwischen verschiedenen Elementen als relational begreifen:

Saussures Analyse betrachtete Sprache als ein System von Differenzen ohne positive Bestimmungen. Der Schlüsselbegriff ist der des Werts, demzufolge die Bedeutung eines Begriffs rein relational ist und nur durch seinen Gegensatz zu allen anderen bestimmt wird. (HSS: 164).

Der Begriff des Wertes ist zentral, weil er – wie sich im weiteren Verlauf des Kapitels zeigen wird – auf Ebene der Zeichen jenen Erkenntnisgegenstand benennt, um den die laclauschen Überlegungen kreisen: die politischen Identitäten.

Ausgehend von diesem Grundgedanken der Relationalität greifen Laclau und Mouffe drei Argumente von Saussures Theorie auf. Erstens die Unterscheidung zwischen Signifikat und Signifikant für die zwei Bestandteile eines jeden Zeichens. Mit Ersterem ist das Bezeichnete selbst gemeint, mit Letzterem das Bezeichnende, d.h. jener Begriff, der das Bezeichnete beschreibt. Zweitens ist für Saussure der Inhalt eines Begriffs immer nur durch das Verhältnis zu anderen bestimmt, d.h., der Begriff selbst hat keine Essenz, sondern ist rein negativ und relational bestimmt – Sprache wird zu einem System aus Differenzen. Und drittens ist die Zuordnung eines Signifikanten zu einem Signifikat insofern ›zufällig‹, als es keinen logischen Grund für sie gibt. (Wullweber 2010: 58-61)

In der poststrukturalistischen Lesart Saussures wird allerdings eine Inkohärenz innerhalb der strukturalistischen Theorie sichtbar. Die Annahme, dass innerhalb eines geschlossenen Differenzsystems einem Signifikat immer genau ein Signifikant zugeordnet ist, sei, so die Kritik, inkompatibel mit der Theorie selbst: Beide – Bezeichnetes und Bezeichnendes – würden deckungsgleich (Laclau 2007a: 542). Unterschiedliche poststrukturalistische Strömungen haben entgegen dieser Annahme die Vieldeutigkeit und Dynamik eines Textes (Barthes), das ›Gleiten‹ von Bezeichneten und Bezeichnenden (Lacan) oder die Unentscheidbarkeit jeder Struktur (Derrida) versucht zu zeigen (Laclau 2007a: 544). Entscheidend für das Verständnis der postfundamentalistischen Theorie Laclaus ist allerdings der gemeinsame Einsatz der unterschiedlichen Strömungen: die Unmöglichkeit der Schließung und endgültigen Fixierung einer Struktur.

Im Falle Laclaus ist diese Struktur der Diskurs, der, gleich der Sprache, für ihn nichts anderes als ein Feld aus Differenzen ist. Doch, bevor ich auf den Begriff des Diskurses zurückkomme, sollen die Begriffe des Antagonismus und der Kontingenz geklärt werden, die das Verhältnis unterschiedlicher Elemente zueinander bestimmen.

2.3.3.2 Antagonismus und Kontingenz

Den Begriff des Antagonismus arbeitet Laclau speziell in *New Reflections on the Revolution of our Time* aus. In ihm sind wie in keinem anderen seiner Begriffe die postfundamentalistischen Grundannahmen aufgehoben. Laclau entwickelt diesen basierend auf der Unterscheidung zwischen »Widerspruch« und »Antagonismus«. Ausgehend von Marx' *Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie* argumentiert er, dass dort das Verhältnis zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen als widersprüchlich konzipiert worden sei, wohingegen das Verhältnis zwischen ArbeiterInnenklassen und KapitalistInnen im *Manifest der Kommunistischen Partei* ein antagonistisches sei. Während Ersteres ein logischer Widerspruch sei, d.h., zwei miteinander unvereinbare und sich ausschließende Optionen darstelle – der Fortbestand der existierenden Produktionsverhältnisse und die voranschreitende Entwicklung der Produktivkräfte –, sei der Konflikt zwischen ArbeiterInnenklasse und KapitalistInnen nicht in ihrem Verhältnis zueinander inhärent angelegt, sondern es brauche etwas, das außerhalb dieses Verhältnisses stehe und das dieses als konfliktives Verhältnis politisiere. Es handele sich um kein widersprüchliches, sondern (lediglich) um ein antagonistisches Verhältnis. (Laclau 1990b: 9)

Dieses Argument überführt Laclau im Zusammenhang mit den oben beschriebenen zeichentheoretischen Überlegungen in eine abstrakte Logik. Das Verhältnis zwischen zwei Elementen ist demzufolge immer ein relationales Verhältnis. A wird erst bestimmt durch das Verhältnis zu B. Dabei ist das Verhältnis zwischen den beiden Elementen ein zweifaches: Einerseits bestimmt B A, gleichzeitig aber blockiert es A, indem es verhindert, dass A sich als letztgültige Objektivität konstituiert, d.h., sich absolut setzt. Dies ist nicht möglich, weil B permanent präsent hält, dass es immer noch etwas anderes als A gibt: »[A]ntagonism is the limit of all objectivity« (Laclau 1990b: 17).

Diese Form der Negierung ist also eine konstitutive Negation. B negiert A und konstituiert es damit zeitgleich – es ist sein »konstitutives Außen« (HSS: 18). Negativität kann für Laclau aber nicht im Sinne einer hegelschen Dialektik verstanden werden, in der A und B im Sinne von These und Antithese einander in eine höhere Ordnung (Synthese) aufheben und somit eine andere Objektivität ergeben würden. Da eine solche Operation aus Laclaus (1990: 16) Perspektive keine gültige ist, muss die Nicht-Reduzierbarkeit von B und somit dessen konstitutiver Charakter für die gegenüberstehende Objektivität (A) eingeräumt werden: »[T]his *constitutive outside* is inherent to *any* antagonistic relationship.« (Laclau 1990b: 9, Herv. i. O.) Die zentrale Bedeutung des Begriffs des Antagonismus bei Laclau wird an dieser Stelle deutlich: Er beschreibt das negativ-konstitutive Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Elementen.

Bereits in HSS hatten Laclau und Mouffe den Begriff des Antagonismus eingeführt (HSS: 176-183). Allerdings ist Laclau gezwungen, das Konzept des Antagonismus nach der Veröffentlichung von HSS zu modifizieren beziehungsweise zu spezifizieren. Das in HSS vorgestellte Konzept widerspricht der gerade skizzierten Unterscheidung Laclaus zwischen »Widerspruch« und »Antagonismus«. Diese Unterscheidung trifft Laclau, um zu argumentieren, dass es etwas Zusätzliches brauche, welches ein Verhältnis politisiert, d.h., wir begegnen dort der Idee einer (noch nicht aktivierten) Latenz. Anfänglich fasst Laclau mit »Antagonismus« jedoch sowohl diese Latenz als auch deren »Aktivierung«. D.h., einerseits wird »Antagonismus« explizit für das politische Identitäten konstituierende Verhältnis verwendet, indem »[d]ie Präsenz des ›Anderen‹ mich daran [hindert] gänzlich Ich selbst zu sein« (HSS: 180). Andererseits ist der Antagonismus ganz allgemein »als Zeuge der Unmöglichkeit einer endgültigen Naht die ›Erfahrung‹ der Grenzen des Sozialen.« Antagonismen konstituieren die Grenzen der Gesellschaft und deren Unmöglichkeit, sich vollständig zu konstituieren« (HSS: 181).

Der Grund für diese Ungenauigkeit liegt im, zu Beginn des Kapitels erwähnten, Springen Laclaus zwischen unterschiedlichen Ebenen, welches auch im Falle des Antagonismus zu Unklarheiten führt. Der Antagonismus fungiert als Begriff sowohl auf ontologischer Ebene, wo er die Unmöglichkeit der letztgültigen Schließung und Fundierung einer Totalität darstellt, als auch auf Ebene der politischen Identitäten, wo er einerseits das Verhältnis zu einem anderen konstituierenden Außen beschreibt, und andererseits die Erfahrung, dass die letztgültige Fundierung nicht möglich ist (Camargo 2013: 174f.).

Retamozo/Stoessel (2014) argumentieren, dass der Begriff auf den drei Ebenen von (1) sozialer Ordnung, (2) politischem Konflikt und (3) Konstitution von Identitäten operiere. Diese würden aber nicht sauber getrennt und führten schlussendlich zu einer »ontologischen These« des Antagonismus« (Retamozo/Stoessel 2014: 17, Übers. T. B.). Diese These steht im Einklang mit seinen postfundamentalistischen Grundannahmen im Sinne einer unmöglichen letztgültigen Fundierung, widerspricht aber seinen Überlegungen hinsichtlich des Unterschieds zwischen Widerspruch und Antagonismus.

Diese Ungenauigkeit versucht Laclau (1990b: 39-41) in *New Reflections* auszuräumen und den letzten »dialektischen Nachgeschmack« (Laclau 1997: 125, Übers. T. B.) im Konzept des Antagonismus zu beseitigen. Dieser bestehe darin, dass in HSS noch eine unmittelbare Übersetzung der Erfahrung der Unmöglichkeit einer letztgültigen Fundierung angenommen werde: Die immer dislozierte gesellschaftliche Ordnung übersetze sich auf Ebene der politischen Auseinandersetzung und der Identität automatisch in einen Antagonismus. Auf die Kritik von Žižek (1990) hin folgt Laclau der Unterteilung in einen »radical/pure antagonism« und einen »antagonistic fight« und verwahrt den Begriff des Antagonismus von diesem Zeitpunkt an für die diskursive Konstruktion der Erfahrung des Mangels der Subjekte,

d.h. für die Ebenen der politischen Identitäten (3) und des politischen Kampfes (2), während er den Begriff der Dislokation für die Ebene der sozialen Ordnung (1) verwendet (Laclau 1997: 125-132).

Unter Maßgabe der genannten Präzisierungen ist demnach jede soziale Ordnung immer disloziert, ein Umstand¹⁸, der aber nicht zwingendermaßen zu einem Antagonismus führen muss. Die ontologische Dislokation ist die notwendige (und latent stets vorhandene), aber nicht hinreichende Bedingung für einen Antagonismus auf den anderen Ebenen. Dort muss der Antagonismus politisch erst konstruiert werden. Wie weiter unten klar werden wird, geschieht dies in Laclaus Vorstellung durch die Thematisierung/Politisierung der latenten Dislokation, die auf die Kontingenz eines jeden Elements verweist.

Mit »Kontingenz« ist damit bereits ein weiterer Grundbegriff des laclauschen Theoriekonstrukts eingeführt. Dieser beschreibt letztlich nichts anders als die »radical undecidability« (Laclau 1990b: 21) einer jeden Objektivität, ein Umstand, der sich aus den oben stehenden Überlegungen ergibt. Das radikale Außen blockiert einerseits das »Ganzwerden«/»Absolutsetzen« und die endgültige Konstituierung der Objektivität, andererseits affirmiert es die Objektivität, da diese nur relational, d.h. über eben jenes Verhältnis zum antagonistischen Gegenüber, bestimmt ist. Der Antagonismus zeigt damit die Kontingenz einer jeden Objektivität an, weil er offenlegt, dass ihre Existenz und Gründungsbedingungen nicht in ihr selbst (im Eigenen), sondern außerhalb von ihr selbst liegen. Somit ist jede Objektivität einem permanenten Wechselspiel zwischen Notwendigkeit und Kontingenz ausgesetzt.

2.3.3.3 Artikulation, Diskurs und Hegemonie

Die bis hierhin skizzierten Begriffe verweisen auf die tendenzielle Brüchigkeit, Subversion oder Negativität von Entitäten. »Tendenziell«, da, wie bereits deutlich geworden sein sollte, diese Charakteristika in der laclauschen Theorie immer als Wechselspiel konzipiert sind und gleichzeitig auch eine konstituierende Wirkung haben. Antworten darauf, wie trotzdem temporär und partiell Kohäsion konstruiert werden kann, geben die Begriffe der Artikulation und Hegemonie.

»Artikulation« ist in diesem Zusammenhang nicht im Sinne von »artikulieren« als sprachliche Äußerung zu verstehen. Stattdessen entwickeln und radikalisierten Laclau und Mouffe den Begriff ausgehend von den Überlegungen Antonio Gramscis und Louis Althusser. »Artikulation« ist nach diesem Verständnis ein Verhält-

18 Auch wenn der Frage an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden kann, so drängt sich doch die Vermutung auf, dass sich hinter den Begriffen »Dislokation« und »Kontingenz« ein eigener Fundationalismus der postfundationalistischen Theorien verbirgt. Sie müssten erklären, was die als »quasi-transcendental« (Marchart 2008: 17) deklarierte Annahme der immerwährenden Unmöglichkeit eines letzten Grundes von anderen transzendentalen Annahmen unterscheidet, gegen die sie sich wenden.

nis zwischen Elementen, welches über ein Nebeneinanderstellen, Summieren oder Kombinieren hinausgeht. Vielmehr wirkt das Verhältnis auf die einzelnen Elemente zurück, die Teil von ihm sind, d.h., »Artikulation« ist ein Verhältnis, das die »teilnehmenden« Elemente transformiert (HSS: 155). Es handelt sich um eine »transformative combination of two or more discursive elements.« (Smith 1998: 87)

Wie schon die vorangegangenen Begriffe überführen Laclau und Mouffe das Konzept der Artikulation zu einer abstrakten Logik, indem sie ein ontologisches Prinzip aus ihm ableiten. Denkt Gramsci die Frage von Hegemonie und die Artikulation von unterschiedlichen Klasseninteressen unter der Führung einer hegemonialen Klasse »noch« im Hinblick auf Klassenallianzen, hebt Althusser das Prinzip der Artikulation bereits auf eine abstraktere Ebene, nämlich auf jene der Gesellschaftsformation (Slack 1996: 117f.). Laclau und Mouffe gehen nun noch einen Schritt weiter, indem sie das Prinzip der Artikulation zu einer ontologischen Kategorie erheben. Ausgedrückt in jener heideggerschen Unterscheidung zwischen »Ontologie« und »Ontik«, die Laclau ab Mitte der 1990er Jahre zu verwenden beginnt, lässt sich feststellen: Bei Althusser stellt Artikulation vorwiegend einen Begriff auf ontischer Ebene dar, bei Laclau (und Mouffe) fungiert er hingegen auf ontologischer Ebene (Laclau 2005: 33f.). Ausgehend von dieser Verschiebung kommen Laclau und Mouffe in ihrer vielzitierten Definition zu folgender Begriffsanordnung:

Im Kontext dieser Diskussion bezeichnen wir als *Artikulation* jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird. Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität nennen wir *Diskurs*. Die differentiellen Positionen, insofern sie innerhalb eines Diskurses artikuliert erscheinen, nennen wir *Momente*. Demgegenüber bezeichnen wir jede Differenz, die nicht diskursiv artikuliert ist, als *Element*. (HSS: 155, Herv. i. O.)

Wie Laclau und Mouffe an derer Stelle schreiben, ist in dieser Begriffsanordnung der Begriff der Artikulation jenem der Hegemonie vorgängig, insofern als »der Begriff der Hegemonie ein theoretisches Feld voraussetzt, das durch die Kategorie der Artikulation bestimmt wird« (HSS: 139). Die Logik der Artikulation beschreibt das konstituierende Prinzip der politischen Praxis. Hegemonie wiederum bezeichnet die erfolgreiche Etablierung eines Diskurses, d.h. eine erfolgreiche artikulatorische Praxis. Letzteres ist seinerseits nichts anders als die zeitweise/partielle Institutionierung einer gesellschaftlichen Formation oder, abhängig von der Fragestellung Laclaus, einer politischen Identität. (Zurücküberführt auf den zeichentheoretischen Ausgangspunkt Laclaus handelt es sich um die temporäre Verknüpfung eines Bezeichnenden mit einem Bezeichneten).

Das letzte Argument sei hier noch einmal im Detail ausgeführt: Wenn die Hegemonie unter der Maßgabe der oben stehenden Definition eine erfolgreiche artiku-

latorische Praxis beschreibt, so stellt sich die Frage, worüber dieser Erfolg definiert ist? Die Antwort von Laclau und Mouffe fällt hier eindeutig aus: Eine erfolgreiche artikulatorische Praxis bestehe in der partiellen Beherrschung des Feldes der Diskursivität, dem Vermögen, »das Fließen der Differenzen aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren«, d.h., Bedeutungen partiell zu fixieren (HSS: 164). Für diese partielle Fixierung wählen Laclau und Mouffe den Begriff der »Knotenpunkte« (HSS: 164). Dass diese Fixierung indes immer nur partiell möglich ist, »geht aus der Offenheit des Sozialen hervor, die ihrerseits wieder ein Resultat der beständigen Überflutung eines jeden Diskurses durch die Unendlichkeit des Feldes der Diskursivität ist« (HSS: 165, Herv. i. O.). Hegemonie besteht also in der Praxis des Etablierens von Knotenpunkten, die das Fließen von Bedeutungen zeitweise beschränkt.

Vor diesem Hintergrund sollte deutlich werden, dass das hier beschriebene Verhältnis zwischen Diskurs und Feld der Diskursivität schlussendlich nichts anderes ist als die Beschreibung dessen, was Marchart (2008) »die Politische Differenz« nennt. Hegemonie wird in diesem Zusammenhang zu einer Operation, die im Stande ist, den Folgen dieser Differenz zeitweise Herr zu werden, indem ein Element totalisiert wird und somit den immer präsenten Mangel füllt. Unklarheit entsteht hingegen erneut dadurch, dass dem Begriff der Hegemonie mehrere Funktionen im laclauschen Theoriegebäude zukommen. Der Begriff der Hegemonie fungiert erstens im Sinne der gerade beschriebenen artikulatorischen Praxis; zweitens beschreibt er deren Effekt, d.h. die erfolgreichestituierung einer Formation; darüber hinaus fasst er drittens auch die Logik des Sozialen als solche (Opratko 2012b: 139f.).

An dieser Stelle schließt sich der Kreis zu den anfänglichen Ausführungen hinsichtlich der postfundamentalistischen Grundgedanken. Schon in HSS, wenn auch noch in anderen Begrifflichkeiten, argumentieren Laclau und Mouffe:

Wir müssen folglich die Offenheit des Sozialen als konstitutiven Grund beziehungsweise als »negative Essenz« des Existierenden ansehen sowie die verschiedenen »sozialen Ordnungen« als prekäre und letztlich verfehlt Versuche, das Feld der Differenzen zu zähmen. (HSS: 142)

Diese »Offenheit des Sozialen« ist also Ausdruck der ontologischen Unmöglichkeit eines letzten Grundes. Diese Unmöglichkeit hat wiederum ein permanentes Wechselspiel zwischen dem Versuch der Fundierung und deren Unmöglichkeit zur Folge. Andersherum formuliert: Das Wechselspiel auf ontischer Ebene macht die ontologische Unmöglichkeit sichtbar. Für den konkreten Fall des Populismus, um den es im Folgenden gehen soll, kann Laclau somit konstatieren: »[P]opulism is the royal road to understanding something about the ontological constitution of the political as such.« (OPR: 67)

2.3.4 On Populist Reason: Populismus als Konstruktionslogik politischer Identitäten

Im eingangs aufgerufenen Bild der Parabel, mit dem sich die theoretische Entwicklung Laclaus beschreiben lässt, findet sein Werk in OPR den Abschluss. Start- und Endpunkt sind der Populismus, allerdings hat sich das zugrundeliegende Erkenntnisinteresse entscheidend verschoben. Laclaus Untersuchungsgegenstand in OPR ist nun, wie er im ersten Satz seiner Monografie offenlegt, »the nature and logics of the formation of collective identities« (OPR: ix). Sein dahinterliegendes Erkenntnisinteresse und die Fragen, die er an sein Erkenntnisobjekt den Populismus richtet, gehen aber weit darüber hinaus. Der Grund hierfür ist der theoretische Stellenwert, den Laclau dem Populismus mittlerweile einräumt: Der Populismus gilt ihm als privilegierter Einstiegspunkt, um die ontologische Konstitution des Politischen zu ergründen (OPR: 67).¹⁹ Ermöglicht wird dies dadurch, dass er den Populismus nicht (mehr) auf ontischer, sondern auf ontologischer Ebene ansiedelt, weil er in ihm eine spezifische Artikulationsweise des Politischen sieht, deren soziale, politische oder ideologische Inhalte nicht festgelegt sind (Laclau 2005: 34). Ausgedrückt in den zuvor eingeführten Begriffen: Sein Erkenntnisinteresse dreht sich nicht mehr darum, eine politische Bewegung oder einen Akteur, d.h. einen spezifischen (ontischen) Inhalt – in diskurstheoretischen Begriffen: einen Diskurs – zu analysieren, sondern das (ontologische) Terrain – in diskurstheoretischen Begriffen: das Feld der Diskursivität – zu ergründen, auf dem die Akteure operieren. Folglich präzisiert Laclau sein Vorhaben für OPR, wie folgt:

My attempt has not been to find the true referent of populism, but to do the opposite: to show that populism has no referential unity because it is ascribed not to a delimitable phenomenon but to a social logic whose effects cut across many phenomena. Populism is, quite simply, a way of constructing the political. (OPR: ix)

19 Interessanterweise nimmt Laclau sein Argument, welches fast dreißig Jahre später zu heftigen Diskussionen führen wird (der Populismus sei der Königsweg zum Verständnis des Politischen als solches), im letzten Satz von PIM bereits vorweg. Er schreibt: »Der einzige sichere Ausgangspunkt zum wissenschaftlichen Studium politischer Ideologien liegt im Gegenteil darin, die relative Kontinuität der populären Anrufung im Gegensatz zu den diskontinuierlichen Artikulationen der Klassendiskurse zu betonen.« (PIM: 175) Einher mit dieser Suche nach dem »Politischen als Solches« geht dabei auch eine explizite Geringschätzung dessen, was bereits in HSS despektierlich als »naive[r] Positivismus des ›wissenschaftlichen‹ Sozialismus« (HSS: 154) betitelt wird. Die Probleme, die sich aus dieser Geringschätzung ergeben, sowie den resultierenden Politizismus, werde ich weiter unten diskutieren. Den Hinweis auf das Zitat in HSS verdanke ich Marc Saint Upéry.

Laclau geht es in OPR also im Vergleich zu PIM primär um eine gesellschaftstheoretische Fragestellung. Diese Verschiebung offenbart sich bereits unmittelbar zu Beginn des Werkes in dessen Bezugspunkten, denn – bedingt durch eine »basic dissatisfaction with sociological perspectives« (OPR: ix) – spielen die für PIM zentralen Abarbeitungsfolien und Referenzen keinerlei Rolle mehr. Gino Germanis Ansatz etwa, dem sich Laclau immerhin zehn Seiten lang in PIM (127-137) widmet, findet zu Beginn des Buches noch exakt einmal Erwähnung. Und selbst dies geschieht nicht im Zuge einer inhaltlichen Auseinandersetzung, sondern lediglich, um Germani exemplarisch für die zum Scheitern verurteilten soziologischen Annäherungsversuche anzuführen (OPR: 4). Diese Verschiebung ist die abschließende Konsequenz des veränderten Erkenntnisinteresses Laclaus. Die soziologischen Theorien des Populismus sind aufgrund des dem Populismus eingeräumten Status für das Unterfangen Laclaus bedeutungslos geworden.

In Konsequenz dieser Umorientierung verlagert Laclau auch den Ausgangspunkt seiner Analyse. Das Individuum als Ausgangspunkt zu wählen und somit in einen methodologischen Individualismus zu verfallen, lehnt Laclau (OPR: ix) weiterhin ab, nachdem es im Widerspruch zum postpositivistischen Wissenschaftsverständnis (vgl. Wullweber 2015) seiner Perspektive stehe. Nach dem Loslösen spezifischer ideologischer Inhalte von einer Klasse beziehungsweise einer gesellschaftlichen Gruppe in PIM und der in HSS vollzogenen Dekonstruktion dieser Gruppen beziehungsweise deren politischen Identitäten, drängt sich die Frage auf, welcher Ausgangspunkt noch legitim innerhalb des laclauschen Theorieuniversums wäre? Aufschluss darüber geben die bereits angestellten Überlegungen.

Sind gesellschaftliche Gruppen nicht präkonstituiert, müssen sie politisch konstruiert werden. Wie oben dargelegt, geht dieser Konstruktion jene Praxis der Artikulation voraus, die bei Laclau letztendlich nichts anderes als die politische Praxis selbst ist. Somit ist der Ausweg, den Laclau auf die Frage nach einem möglichen Ausgangspunkt präsentiert, nur konsequent. Als Ausgangspunkt seiner Analyse wählt er das »Rohmaterial« dieser Artikulation, über die sich Gruppen konstituieren: die »social demand« (OPR: 73).²⁰

Die Ambivalenz des englischen Begriffs der *demand* ist dabei ein erstes wichtiges Argument, das Laclau einführt. Seine Bedeutung oszilliert zwischen *request*, was sich mit »Bitte« oder »Ansuchen« übersetzen ließe, und *claim*, was dem deutschen Begriff »Forderung« nahekommt (Laclau 2005: 35-37). Diese Differenz ist

20 Bereits hier wird eine Leerstelle in Laclaus Ansatz deutlich, den ich unter 2.3.5.4 genauer diskutieren werde. Unmittelbar drängt sich die Frage auf, woraus sich diese *demands* speisen? Alleine die Negativität kann die *demands* nicht erklären, denn wenn, wie Laclau argumentiert, *demands* entstehen, weil gesellschaftliche Forderungen unerfüllt bleiben, so bleibt trotzdem die Frage bestehen, was diese Negativität informiert. Hierzu braucht es einen positiven Bezugspunkt, durch den in weiterer Folge eben jene Negativität erfahren werden kann.

bedeutend, weil sie den Übergang von einem Ansuchen an die bestehende institutionelle Ordnung hin zu einer Forderung markiert, die diese Ordnung als Ganze infrage stellt – ein Übergang, der für Laclau den Moment des Populismus repräsentiert. Während Erstere isoliert bleibt (als unerfülltes Ansuchen oder differenziell integriert in die institutionelle Ordnung), besteht für Letztere die Möglichkeit einer äquivalenten Artikulation mit anderen Forderungen. Ersteres bezeichnet Laclau als *democratic demand*, Letzteres als *popular demand* (OPR: 72-74).

Für Laclau stellt jede *demand* in Teilen die existierende institutionelle Ordnung in einem ersten Schritt infrage. »Institutionelle Ordnung« ist an dieser Stelle im abstraktest möglichen Sinn zu verstehen, d.h. als gesellschaftliches Arrangement (respektive Diskursformation). Es gibt zwei Möglichkeiten, wie mit einer *demand* verfahren werden kann. Entweder wird sie von der bestehenden institutionellen Ordnung aufgenommen (sie wird zu einer weiteren differenziellen Position innerhalb des Diskurses, respektive zu einem Moment) (OPR: 73). Hierbei handelt es sich um die Logik der Differenz. Die *demand* wird in ihrer Partikularität (d.h. in ihrer Differenz zu anderen *demands*) anerkannt und erfüllt, wodurch sie Teil des bestehenden Differenzsystems wird (OPR: 77f.). Oder, so die zweite Möglichkeit, sie bleibt unerfüllt und die *demand* wandelt sich von einem Ansuchen (*request*) zu einer Forderung (*claim*), weil ein Äußeres (die bestehende Ordnung) ihre Erfüllung verhindert (OPR: 74).

Soweit Laclaus Überlegungen hinsichtlich seiner kleinsten Analyseeinheit der *demand*. Bis zu diesem Punkt sind sie beinahe deckungsgleich mit Laclaus Argument im Hinblick auf den ideologischen Kampf zwischen unterschiedlichen Klassen in PIM (s. Teil O). Zwei wichtige Nuancen gilt es jedoch hervorzuheben. Erstens ist die differenzielle Integration von *demands* (in PIM: popular-demokratische Elemente) in die bestehende Ordnung in PIM der Ideologie der herrschenden Klasse vorbehalten. Eben jene »Umwandlung« einer *demand* in ein Ansuchen macht dort per Definition das Wesen der Ideologie der herrschenden Klassen aus. Anders formuliert: Die Logik der Differenz ist ein Definitions-kriterium für den Klassencharakter von Ideologien – wohlgemerkt, nicht das einzige: Ebenfalls ist ein *Populismus der Herrschenden* basierend auf »Ersatzantagonismen« möglich). Zweitens geht es Laclau in PIM darum, die Artikulation zwischen popular-demokratischen Elementen und Klassendiskursen zu untersuchen. Letztere hat Laclau auf dem Weg hin zu OPR aber aufgegeben, so dass bereits konstituierte Akteure für ihn keine gültige Kategorie mehr darstellen. Stattdessen interessiert er sich für die Logik des Konstitutionsprozesses dieser Akteure, die für ihn schlussendlich nichts anders sind als politische Identitäten.

Wie kommt Laclau nun zur Frage der kollektiven politischen Identitäten? Da es sich um kollektive Identitäten handelt, ist mehr als eine *demand* von Nöten.²¹ Damit eine populare Identität entstehen kann, bedarf es für Laclau dreierlei Dinge. Erstens die Vereinigung mehrerer Forderungen in einer Äquivalenzkette. Zweitens das Entstehen einer »internal antagonistic frontier« (OPR: 74), die den sozialen Raum zweiteilt. Und drittens die Konsolidierung der Äquivalenzkette in einer positiven Identität, wozu ein leerer Signifikant notwendig ist. Diese drei Schritte sollen im Folgenden genauer erläutert werden.

Gesellschaftlich existiert eine Vielzahl von *demands*, für die die beiden Möglichkeiten von Erfüllung (in Form einer differenziellen Integration) oder Nicht-Erfüllung (Letzteres, so wird sich gleich zeigen, ermöglicht demgegenüber eine äquivalente Artikulation) bestehen. Bleibt nun eine Vielzahl an *demands* unerfüllt und stellen sie daher das Gegenüber, welches der Erfüllung im Wege steht, spricht die bestehende Ordnung, infrage, vollzieht sich an diesem Punkt die zweite der laclauschen Voraussetzungen: Es entsteht eine »internal antagonistic frontier« (OPR: 74), d.h. eine unvereinbare, antagonistische Frontstellung zwischen eben jenen *demands*, die unerfüllt bleiben und der bestehenden institutionellen Ordnung, die ihrer Erfüllung im Wege steht. Als Konsequenz dieser Frontstellung wird der soziale Raum entlang dieser Grenze dichotomisiert.

Die Dichotomisierung schafft wiederum eine weitere Voraussetzung, die Laclau für die Entstehung populärer Identitäten benennt. Die unerfüllten *demands*, respektive Forderungen, können in einer Äquivalenzkette miteinander artikuliert werden. Das Verbindende zwischen ihnen kann dabei allerdings nicht ihr (positiver) partikularer Inhalt sein. Dieser wäre in Laclaus Definitionsversuch einer formalen Konstruktionslogik eine unzulässige Bestimmung. Bei jeglicher inhaltlichen Bestimmung bleibt als vereinendes Element zwischen den *demands* nur die Nicht-Erfüllung und jene Frontstellung zum bestehenden institutionellen System: »[I]n an equivalential relation, demands share nothing positive, just the fact that they all remain unfulfilled. So there is a specific negativity which is inherent to the equivalential link« (OPR: 96).

An dieser Stelle »blitzen« deutlich die Logiken des konstituierenden Außens und des Antagonismus' als inhärenter Bestandteil einer jeden Entität auf. Das antagonistische Gegenüber (die bestehende institutionelle Ordnung) ist zeitgleich Blockade (Nicht-Erfüllung der *demands*) und konstitutives Außen (äquivalente Negativität) der Äquivalenzkette.

Die Forderungen können also äquivalent miteinander artikuliert werden. So entsteht eine Äquivalenzkette, in der die Artikulation vollkommen heterogener For-

21 Die nachfolgende Argumentation funktioniert jedoch auch analog für den Prozess der Subjektivierung. Die Erfahrung der nicht gänzlich realisierbaren Fülle durch ein Außen ist für Laclau der Moment des Subjekts.

derungen miteinander möglich ist. Allerdings basiert diese Verbindung bisher lediglich auf der geteilten Negativität, aus der sich die gemeinsame Frontstellung zum konstitutiven Gegenüber speist. Die Äquivalenzkette, das Eigene, ist folglich überaus instabil, weil sie ausschließlich negativ bestimmt ist. »Negativ« ist in diesem Zusammenhang kein normativer Begriff, sondern zeigt an, dass das Eigene alleine dadurch definiert ist, was es nicht ist. D.h. im Umkehrschluss, dass es, um Stabilität zu erzeugen, es einer »positiv symbolic expression« (OPR: 82) des Eigenen bedarf, die eine symbolische Einheit, eine positive Identität, herstellt.

Für eine solche Positivität ist ein gemeinsamer »Benenner«²² notwendig, der die Gesamtheit der Äquivalenzkette repräsentiert. Diese fällt in Laclaus Theorie einem »empty signifier« (OPR: 95) zu. Dieser leere Signifikant ist selbst ein Glied der Äquivalenzkette, als solches ist er aber innerlich gespalten, weil er einerseits die Partikularität der eigenen Forderung enthält, andererseits aber die Gesamtheit der Kette repräsentiert und dadurch zur Inskriptionsfläche der anderen Forderungen wird. Infolgedessen wird er zunehmend der eigenen Partikularität entleert (OPR: 95). Allerdings ist der leere Signifikant keine passive Inskriptionsfläche der anderen Forderungen. Im Gegenteil, so Laclau, kommt ihm eine konstitutive Rolle für das Gemeinsame zu. Das Gemeinsame, abseits der Negativität, zwischen den einzelnen Kettengliedern ist nicht von vorneherein vorhanden, sondern werde erst durch die positive Benennung konstituiert: »[T]he name becomes the ground of the thing« (OPR: 100).

Dieses Argument Laclaus bedarf einer genaueren Erklärung. Bis zu diesem Zeitpunkt argumentiert Laclau mit sozialen *demands*. An dieser Stelle führt er in seine Argumentation ein, was er »signifying operations« (OPR: 101) nennt. Der Akt der Bezeichnung wird von dem Bezeichneten abgelöst und ins Zentrum seines Arguments gestellt: »[T]he identity and unity of the object result from the very operation of naming. This, however, is possible only if naming is not subordinated either to description or to a preceding designation.« (OPR: 104)

22 Dieser etwas merkwürdig anmutende Neologismus unterstreicht noch einmal, dass es sich, erstens, nicht um einen gemeinsamen Nenner, der in der Äquivalenzkette artikulierten *demands* handelt, d.h., nicht im Sinne einer gemeinsamen inhaltlichen Schnittmenge zu verstehen ist. Laclau insistiert darauf, dass »Leere« nicht mit »Abstraktion« verwechselt werden darf. Der leere Signifikant ist gerade kein »ultimate positive feature shared by all the links in the chain« (OPR: 69), sondern zu verstehen als ein Prozess der Überdeterminierung, indem sich vollkommen heterogene Elemente kondensieren. Die psychoanalytischen Wurzeln der Konzepte Laclaus deuten sich an dieser Stelle an. Zweitens verweist der Begriff auf die aktive Rolle des »Benenners«. Wie Barros (2006) argumentiert, wirkt dieser einerseits unmittelbar auf die einzelnen Glieder selbst zurück und bringt andererseits neue *demands* hervor beziehungsweise lässt diese erst als artikulationswürdig erscheinen. Dieses Argument wird in meiner Analyse der PräsidentInnenreden (Kapitel 9) noch von Bedeutung werden.

In dieser Pointe liegt die größte Neuerung von OPR im Vergleich zu HSS und Laclaus Auseinandersetzung mit psychoanalytischen Theorien tritt zutage. Deren Bedeutung für die eigenen Theorie begründet sich in dem, was Laclau (OPR: 115) als die wichtigste freudsche Erkenntnis ausmacht. Laclau folgend liegt Freuds Entdeckung darin, dass das Unterbewusste (die Repräsentation) nicht lediglich Abbild einer ihm vorgängigen Realität, sondern für diese konstitutiv ist (OPR: 115). Diese Erkenntnis überträgt er auf das Verhältnis von Repräsentation und Repräsentierendem (analog: Bezeichnende und Bezeichnete).

Als entscheidenden Einfluss auf seine Populismustheorie nennt Laclau die lacansche Psychoanalyse in Anschluss an Freud und deren Lesart durch Slavoj Žižek. Sie hätten eine »increasing emancipation of the order of the signifier« beziehungsweise eine »progressive autonomy of naming« (OPR: 104) theoretisch vorangetrieben. Lacans Intervention in Bezug auf das Verhältnis zwischen Signifikat und Signifikanten bestehe darin, auf das permanente ›Gleiten‹ des ersten unter dem zweiten zu insistieren (OPR: 104f.). Mit ›Gleiten‹ ist gemeint, dass nicht von einem vorkonstituierten Bezeichneten ausgegangen werden kann, sondern dieses erst durch das Bezeichnende mitkonstituiert wird. Die Einheit und Identität des Bezeichneten konstituieren sich erst als retroaktiver Effekt des Benennungsprozesses (OPR: 104). Konsequenterweise folgt aus dieser Annahme, dass, wenn es keine dem Benennungsprozess vorgängige Existenz des Bezeichneten gibt, das Bezeichnende weder eine reine Beschreibung noch von vorneherein festgelegt sein kann. Das Bezeichnende muss tendenziell leer sein (OPR: 104).

Übertragen auf die vorherigen Überlegungen hinsichtlich der Rolle des leeren Signifikanten innerhalb der Äquivalenzkette wird deutlich, dass mit der Benennung nicht etwas Vorgängiges lediglich einen Namen erhält. Vielmehr konstituiert sich die gemeinsame positive Identität der in der Äquivalenzkette artikulierten Forderungen erst mit und durch den Akt der Benennung.

Bis zu diesem Punkt folgt Laclau den lacanschen Argumenten. Jedoch insistiert er darauf, dass es stets eines Zu-Bezeichnenden bedarf. Übertragen auf den leeren Signifikanten bedeutet das, dass die Partikularität des Kettenglieds, welches diese Rolle übernimmt, nie endgültig verschwinden kann. Stattdessen befindet es sich in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen seiner Partikularität (Differenz) und Entleerung (Äquivalenz) (OPR: 105f.).

Dieses Spannungsverhältnis von Äquivalenz und Differenz erzeugt eine Dynamik, die die kollektive Identität durchzieht. Je größer die Äquivalenzkette wird, d.h., je mehr *demands* Kettenglieder werden, desto entleert wird jenes Glied (der leere Signifikant), das durch eine positive Repräsentation die Gesamtheit der Kette stabilisiert. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Logik des Benennungsprozesses, nach der der Akt der Benennung das Bezeichnete in Teilen erst konstituiert, erschließt sich auch, dass jene Dynamik nicht nur von den einzelnen *demands* ausgeht, sondern der leere Signifikant wiederum auf die Glieder zu-

rückwirkt. Der oben beschriebene Prozess vollzieht sich somit in jedem einzelnen Glied. Die mit ihm einhergehende tendenzielle Entleerung wirkt wiederum zurück auf die gesamte Kette. Überträgt man diese Überlegungen auf die Herausbildung einer popularen Identität bedeutet das:

[P]opular identity becomes increasingly full from an *extensional* point of view, for it represents an ever-larger chain of demands; but it becomes *intensionally* poorer, for it has to dispossess itself of particularistic contents in order to embrace social demands which are quite heterogeneous. (OPR: 96)

Die bis hierhin beschriebene Herausbildung einer popularen Identität lässt sich somit zusammenfassen als die Artikulation von nicht-erfüllten Forderungen in einer Äquivalenzkette – äquivalent in ihrer Negativität –, die sich basierend auf einem Antagonismus – in Abgrenzung zu einem konstituierenden Außen – negativ konstituiert, die jedoch eine positive Identität erfährt, indem eines ihrer Glieder – der leere Signifikant – ihre Repräsentation als Ganzes übernimmt. Dieser letzte Schritt beinhaltet dabei ein »radical investment«, d.h., ein Teil wird zum »embodiment of a mythical fullness« (OPR: 215) – »mythisch«, weil diese Fülle letztgültig nie erreicht werden kann.

Diesen letzten Argumentationsschritt – die Repräsentation des Ganzen durch einen Teil – vollzieht Laclau in OPR mithilfe psychoanalytischer Affekttheorien, er kann jedoch auch mit dem zuvor eingeführten Begriff der Hegemonie erklärt werden (OPR: 210-214). In Bezug auf die laclauschen Grundbegriffe habe ich bereits gezeigt, dass die Operation der Hegemonie bei Laclau nichts anderes ist als die Totalisierung eines Elements, die es vermag, dem immer präsenten Mangel zeitweise Herr zu werden. Bei Gramsci ist »Hegemonie« die Universalisierung des eigenen Interesses einer Klasse hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Interesse. In HSS erheben Laclau und Mouffe die Hegemonie dann zur allgemeinen Logik des Sozialen. In OPR argumentiert Laclau diesen Prozess für den Populismus und die Konstitution politischer Identitäten: Ein Teil der Bevölkerung, dessen Forderungen unerfüllt bleiben, die Plebs, wird zur Verkörperung des Ganzen, dem Populus, dessen vollständige Realisierung im Sinne eines universellen Populus jedoch immer versagt bleibt (OPR: 94).

Nun räumt Laclau selbst ein, dass die hierher beschriebene »Versuchsanordnung« unterkomplex ist (OPR: 130). Bis hierhin wurde »das Soziale« von Laclau als ein aus zwei Lagern bestehendes Feld entworfen, das lediglich die zwei oben beschriebenen Optionen eröffnet. Entweder eine *demand* wird absorbiert und in die bestehende Ordnung integriert (Logik der Differenz) oder sie bleibt unerfüllt und kann negativ artikuliert mit anderen in die Äquivalenzkette eingegliedert werden, die durch einen retroaktiven Prozess der Bezeichnung und durch einen leeren Signifikanten zu einer neuen positiven Identität verdichtet wird (Logik der Äquiva-

lenz). Die Anordnung geht somit von zwei Lagern aus. Das Feld des Sozialen ist hingegen komplexer.

Auf dem Feld des Sozialen besteht die Möglichkeit, dass *demands* von unterschiedlichen Lagern umkämpft werden, d.h., dass sie in unterschiedlichen Äquivalenzketten »eingehängt« sein können (OPR: 131-133). Das ist möglich aufgrund der äquivalenten Komponente einer jeden *demand*, die ja nicht inhaltlich, sondern lediglich negativ (durch ihre Nicht-Erfüllung) bestimmt ist. Die *demand* ist unterschiedlichen »Bedeutungsversuchen« ausgesetzt, die wiederum rückwirken auf ihre partikuläre Komponente. Anders ausgedrückt: Es kämpfen unterschiedliche Versuche (Projekte) der Etablierung von Hegemonie um die Fixierung der Bedeutung des Signifikanten (die jedoch immer nur temporär sein kann). Laclau (OPR: 131) spricht deshalb von »floating signifiers« in Bezug auf eben jene Elemente, die von unterschiedlicher Seite umkämpft sind.

Der Unterschied zwischen leerem Signifikanten und flottierendem Signifikanten ist nicht sehr trennscharf, sondern gradueller Natur und begründet sich eher mit unterschiedlichen Analysefokussen (OPR: 133). Der Begriff des leeren Signifikanten in OPR ist dabei deckungsgleich mit dem Begriff »Knotenpunkt«, den Laclau und Mouffe in HSS (164) verwenden, d.h., er beschreibt die artikulatorische Praxis von Hegemonie.²³ Übersetzt in die Fragestellung nach der Konstruktion von politischen Identitäten heißt das, dass der Begriff des leeren Signifikanten versucht, die Entstehung beziehungsweise Konstruktion von politischen Identitäten zu fassen. Der Begriff des flottierenden Signifikanten ist hingegen darauf ausgelegt, Grenzverlagerungen und damit Bedeutungsverschiebungen einzufangen (OPR: 133). Der flottierende Aspekt eines Signifikanten kommt demzufolge vor allem in Krisenzeiten zum Vorschein, wenn die zuvor vorhandenen Einbindungen und Artikulationen brüchig geworden sind (OPR: 32).²⁴

Bevor ich zu den Einwänden gegenüber Laclaus Populismustheorie komme, möchte ich die vorangegangenen Seiten kurz resümieren. Der Begriff des Populismus wird von Laclau vor dem Hintergrund der Frage nach der Konstitution politischer Identitäten diskutiert. Dabei sind viele seiner späteren Fragen bereits in PIM

23 Befragt nach dem Unterschied zwischen beiden Begriffen, betont Laclau: »[t]hey have exactly the same referent and the distinction is that »nodal point« makes allusion to the articulating function, while its empty character points to the direction of its universal signification« (Laclau 2004: 322).

24 Interessanterweise verwenden Laclau und Mouffe den Begriff des leeren Signifikanten in HSS nicht, sehr wohl aber jenen des flottierenden Signifikanten. Ein Umstand, der im Hinblick auf die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen zwischen HSS und OPR einen weiten Hinweis darauf liefert, in welche Richtung sich das Erkenntnisinteresse Laclaus verschoben hat. Ging es ihm in HSS überwiegend um die Dezentrierung einer politischen Tradition, scheint OPR auf die Frage der Möglichkeiten von Kohäsion abzielen.

angelegt, allerdings verschiebt sich die Fragestellung von einem gesellschaftsanalytischen Interesse hin zur grundlegenden Frage der Konstitution des Sozialen. In PIM wird der Populismus von Laclau ausgehend von der Nicht-Entsprechung zwischen einem gesellschaftlichen Akteur (Klassen) und dessen Ideologie thematisiert. Der Populismus ist für ihn zu diesem Zeitpunkt ein spezifisches Artikulationsprinzip, das den Widerspruch zwischen Volk und Machtblock, der in den popular-demokratischen Kämpfen enthalten ist, in einer antagonistischen Form artikuliert. Weil dieser Widerspruch im Klassendiskurs aufgehoben ist, der in seiner radikalsten Form auf die Abschaffung des Staates abziele, ist für Laclau zu diesem Zeitpunkt die höchste Form des Populismus der Sozialismus.

Gegen diese Privilegierung eines sozialen Akteurs wendet sich Laclau im weiteren Verlauf seiner Arbeiten. Statt diese sozialen Akteure als gegeben anzunehmen, fragt er nach deren Konstitutionsprozess. Ausgehend von dieser Frage definiert er den Populismus als allgemeine Konstitutionslogik politischer Identitäten. Einbindung und Integration bezieht sich hier nicht mehr auf soziale Gruppen, sondern auf *social demands* als die kleinstmögliche Analyseeinheit, durch die sich Gruppen erst konstituieren.

2.3.5 Einwände und Anschlüsse an Laclaus Populismustheorie

Im Anschluss werde ich zentrale Einwände und Anschlussmöglichkeiten an die laclausche Populismustheorie formulieren, die sich als relevant für das Thema des vorliegenden Buches erweisen. Im Zentrum steht dabei nicht eine Generalkritik an den Grundannahmen der laclauschen Theorie, sondern ich fokussiere auf Inkohärenzen, Leerstellen und Widersprüche, infolge derer Probleme auftreten, will man die laclausche Theorie für die empirische Analyse fruchtbar machen.

2.3.5.1 Einwand I: Deckungsgleichheit zwischen Populismus und Hegemonie (und Politik)

In der Werksrezeption stand lange Zeit Laclaus (gemeinsam mit Mouffe entwickelte) Hegemonietheorie im Vordergrund. Dies gilt im Speziellen für den europäischen Rezeptionskontext. Im Zusammenhang mit dem progressiven Zyklus in Lateinamerika (Brand 2016), aber auch durch den expliziten Bezug von neuen linken Kräften wie PODEMOS auf jene lateinamerikanische Erfahrung (Boos/Schneider 2016) rückte auch die laclausche Populismustheorie in Europa zunehmend in den Vordergrund. Beigetragen dazu haben auch die jüngsten politischen und theoretischen Interventionen von Mouffe (2013, 2018; Errejón/Mouffe 2015), in denen sie vor dem Hintergrund des Aufstiegs rechtsextremer Kräfte in Europa einen Linkspopulismus als Gegenstrategie vorschlägt. Diese Rezeptionsgeschichte ist mitursächlich dafür, dass eine systematische Klärung des Verhältnisses zwischen HSS und OPR

noch am Anfang steht. Das wiederum führt zu Unklarheiten bei der laclauschen Definition des Populismus.

Wie an einigen Stellen bereits angedeutet, bleibt bisweilen unklar, worin die Unterschiede zwischen denen in HSS und OPR entwickelten Begriffen bestehen. Diese Frage drängt sich deshalb unmittelbar auf, weil sie keine peripheren Theorieelemente betrifft, sondern jene Begriffe, die im Zentrum der laclauschen Überlegungen stehen: seine Begriffe von »Hegemonie« und »Populismus«. Die Theoriekonstrukte ähneln sich stark, ja sie sind sogar beinahe deckungsgleich. Das brachte Laclau den Vorwurf ein, dass es sich bei seiner Konzeption des Populismus schlussendlich um seine Hegemonietheorie in einem neuen Gewand handle, und er bei letzterer immer schon den Populismus vor Augen gehabt habe (Arditi 2010).

Führt man sich den Stellenwert von Hegemonie bei Laclau neuerlich vor Augen, offenbaren sich zahlreiche Probleme. »Hegemonie« ist für Laclau (und Mouffe) die Logik des Sozialen schlechthin, in der sich die ontologische Logik des Politischen ausdrückt. Konsequenterweise zu Ende gedacht, würde dies bedeuten, dass »Populismus« nicht nur gleich »Hegemonie« ist, sondern ebenfalls mit dem Politischen und der Politik gleichzusetzen ist.²⁵ Tatsächlich argumentiert Laclau, mit diesem Einwand konfrontiert, dass er genau dieser Überzeugung sei, und Politik und Populismus schlussendlich das gleiche wären. Seiner Auffassung nach besteht lediglich ein gradueller Unterschied (Laclau 2005: 47; OPR: 154).²⁶

Aus diesem Argument Laclaus resultieren jedoch zahlreiche Dilemmata. Erstens müsste gefragt werden, welche (theoretische) Daseinsberechtigung der Begriff des Populismus hat (oder umgekehrt jener von Hegemonie oder gar der Politik), wenn dieser deckungsgleich mit dem Begriff von »Hegemonie« beziehungsweise von »Politik« wäre (Borón 2012).

25 Zur Unterscheidung zwischen dem Politischen und der Politik bei Laclau s. Fußnote 17, Kap. 2.

26 Interessanterweise scheint Laclau an anderer Stelle vorsichtiger, was diese Gleichsetzung betrifft. Die bereits mehrfach zitierte Textstelle zum ontologischen Charakter des Populismus in OPR scheint hier differenzierter als die diesbezüglichen Aussagen Laclaus. Dort schreibt er: »If this is so, the conclusion would be that populism is the royal road to understanding something about the ontological constitution of the political as such.« (OPR: 67) So verstanden, ließe sich der Populismus auch lediglich als die ontische »Erscheinung« der ontologischen Differenz begreifen. Ähnliches gilt für folgende Aussage: »My attempt has not been to find the true referent of populism, but to do the opposite: to show that populism has no referential unity because it is ascribed not to a delimitable phenomenon but to a social logic whose effects cut across many phenomena. Populism is, quite simply, a way of constructing the political.« (OPR: ix) Hier ließe sich der Populismus lesen als eine, jedoch nicht die einzige Möglichkeit, das Politische zu konstruieren. Allerdings verwehrt sich Laclau explizit gegen diese Interpretationen und beharrt auf der Deckungsgleichheit von »Politik« und »Populismus«.

Zweitens ist diese Erwiderung Laclaus mit seinem eigenen Theoriekonstrukt inkohärent, nachdem es sich beim Populismus um eine antagonistische Logik handelt und diese somit eben nicht graduell sein kann (Balsa 2010b). Der disruptive Charakter sowie die klare Grenzziehung – beides Bestandteile definitorischen Ranges des laclauschen Populismuskonzepts – würden verschwinden. Deutlich wird das Problem, wenn man sich die oben diskutierte – und von Laclau selbst eingeführte – Unterscheidung zwischen »Dislokation« und »Antagonismus« noch einmal vor Augen führt. Erstere beschreibt den latenten und dislozierten Charakter einer jeden Totalität, während Letzterer die Politisierung dieser Dislokation ist. Der Antagonismus ist somit immer eine Konstruktion – er muss politisch hergestellt werden. Es existieren jedoch auch nicht-populistische Antagonismen und auf diesen basierende Identitäten, d.h. Identitäten, die nicht versuchen, die gesamte Gemeinschaft zu repräsentieren (Aboy Carlés 2015: 186). Die von Laclau vorgenommene Gleichsetzung der Begriffe »Hegemonie« und »Populismus« scheint letzteren in illegitimer Weise auszuweiten.

Wie lässt sich dieser »Spitzbubenstreich« (Aboy Carlés 2015: 186, Übers. T. B.) Laclaus interpretieren? Handelt es sich bei dieser Gleichsetzung primär um eine politische Intervention oder lässt sich die Gleichsetzung von Hegemonie und Populismus vonseiten Laclaus auch theoretisch einschätzen?²⁷ Wie bereits angemerkt, steht – nach meinen Kenntnissen – ein systematischer Vergleich der Begriffe von HSS und OPR noch aus (s. auch Fußnote 15, Kapitel 2). Meiner Einschätzung nach lässt sich begründeterweise argumentieren, dass wir in beiden größtenteils die gleiche Begriffskonstellation vorfinden, innerhalb derer sich zwar einige Begriffe verändern und es sich lediglich um eine strategische Fokusverschiebung handelt. Im Zentrum des Disputs darüber, wie diese Verschiebung einzuschätzen ist, stehen die Begriffe »Knotenpunkt« und »leerer Signifikant« sowie deren Rolle im theoretischen Gesamtkonstrukt. Laclau selbst argumentiert, dass die beiden Begriffe deckungsgleich sind und einzig andere Aspekte desselben Theorieelements betonen würden. »Knotenpunkt« hebe auf die Artikulationsfunktion ab, wohingegen »leerer Signifikant« den Bezeichnungsprozess in den Mittelpunkt rücke (Laclau 2004: 322).

Gleichwohl lässt sich darüber streiten, wie weitreichend die Folgen dieser Verschiebung sind. Manche MitstreiterInnen von Laclau interpretieren sie dahingehend, dass durch sie autoritäre Tendenzen in die Theorie eingeführt würden,

27 An anderer Stelle habe ich argumentiert, dass die politische Stoßrichtung von OPR in der hiesigen Rezeption häufig unterbelichtet bleibt. Neben seinem Theorievorschlag zielt OPR auch darauf ab, einen liberalen Begriff von Politik zu dekonstruieren, der ein rationales und vernunftbegabtes Individuum respektive ein weißes, männliches und europäisches Subjekt als Träger der Politik im Gegensatz zur emotionsgeleiteten und irrationalen Masse konzipiert (Boos/Opotko 2016).

die eine vertikale Dynamik gegenüber einer horizontalen privilegiere: Nicht mehr der (kollektive) Konstruktionsprozess – das kleinteilige ›Zusammenweben‹ unterschiedlicher Elemente, um im Bild des Knotenpunktes zu bleiben –, sondern der Akt der Benennung und damit die Rolle des *leaders* würde ins Zentrum gerückt (Aboy Carlés 2015: 184-186; Aboy Carlés/Melo 2014; De Ipola 2009).²⁸

Darüber hinaus weisen Melo (2011) und Aboy Carlés (2010b) darauf hin, dass Laclau eine aus ihrer Sicht illegitime Privilegierung eines spezifischen leeren Signifikanten vornimmt. Hegemonie als Konstruktionslogik des Sozialen, so ihr Argument, sei jeglichem soziologischen und historischen Inhalt entleert. Dementsprechend könne es keinen im Vorfeld privilegierten leeren Signifikanten geben, welcher die Repräsentation der Gesamtheit der Äquivalenzkette übernimmt. Beim Populismus hingegen existiere ein solcher, nämlich jener Signifikant des *pueblo* beziehungsweise die spezifische antagonistische Logik, die in diesem aufgehoben ist. Auch wenn der Inhalt von *pueblo* historisch und geografisch sehr unterschiedlich gewesen sei/bis heute ist und sich stetig wandle, finde sich in diesem eine antagonistische Logik, bei der ein Teil reklamiert, der einzige legitime Repräsentant der gesamten Gemeinschaft zu sein (im Falle des *pueblo*, das einfache Volk, die Plebs, welches beansprucht, die Gesamtheit der Bevölkerung, Populus, zu repräsentieren) (Aboy Carlés 2010b: 24-26).

Aus meiner Sicht sind die Argumente von Aboy Carlés und Melo stichhaltig und helfen in weiterer Folge, den laclauschen Begriff des Populismus produktiv zu nutzen, ohne ihn äquivalent mit dem Hegemoniebegriff zu verwenden. Wie ich den ›Ausweg‹ aus dieser Gleichsetzung von »Hegemonie« und »Populismus« konzipiere, werde ich am Ende des Kapitels skizzieren. Zunächst drängt sich aber die Frage auf, was die Beweggründe Laclaus für die Privilegierung eines spezifischen Signifikanten gewesen sein mögen. Er selbst bleibt eine Antwort schuldig. Sein nach OPR erschienener Artikel *Why Constructing a ›People‹ Is The Main Task of Radical Politics* ist eine eloquente Verteidigung seines Populismusbegriffs gegen die Kritik Žižeks, sie liefert aber keine Antwort auf die selbstgestellte Frage (Laclau 2014). Stattdessen kritisiert Laclau erneut eine »strategic vision of traditional Marxism« und deren Privilegierung der ArbeiterInnenklasse und stellt dieser seinen Begriff der *people* entgegen (Laclau 2014: 171f.). Es scheint sich die Vermutung zu bestätigen, dass mit seinem Populismusbegriff ›durch die Hintertür‹ eine eigene Privilegierung (das Volk) wieder eingeführt wird.

28 Spannend ist diesbezüglich auch eine Anekdote Aboy Carlés' (2010b: 24), in der er berichtet, dass er und andere MitstreiterInnen der postfundationalistischen Theorieunternehmung das Erscheinen von *On populist reason* damals mit leichter Verwunderung zur Kenntnis nahmen. Sie hätten erwartet, dass der Titel des Werkes aufgrund des theoretischen Vorhabens von Laclau eigentlich *On political reason* hätte lauten müssen.

Abschließend werde ich diese Frage hier nicht klären können. Allerdings können die anfänglich eingeführten Grundüberlegungen, vor deren Hintergrund Laclaus postfundationalistische politische Ontologie operiert, Hinweise auf eine mögliche Antwort geben, die über ein Versehen oder eine polit-strategische Absicht hinausweisen. In den Ausführungen zu Laclaus postfundationalistischer Ontologie habe ich mit Marchart (2008) dargelegt, dass diese politisch ist, weil sie annimmt, dass das Politische dem Sozialen vorgängig ist. Jeder Form der sozialen Sedimentierung geht nach Laclau ein politischer Akt voraus. Bringt man diese Überlegungen in Zusammenhang mit Laclaus Konstruktionslogik des Populismus und politischer Identitäten, so lässt sich argumentieren, dass das *pueblo* für ihn eine Art ursprünglichste Form der politischen Identität darstellt und dessen Konstruktion für ihn »the political act *per excellence*« (OPR: 154, Herv. i. O.) ist: Es ist die Gemeinschaft, die erstmalig für sich reklamiert, souverän zu sein. »Erstmalig« verstanden im zeitlichen Sinne (s. Einwand V) aber auch topografisch, d.h., erst aufbauend auf der Annahme einer Souveränität ist jegliche politische Identität begründbar.

2.3.5.2 Einwand II: Ontologisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und ontische Leere

Der zweite Einwand gegen die laclausche Populismustheorie zielt auf deren Ontologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese führt in weiterer Folge zu dem, was ich an anderer Stelle als »ontische Leere« (Boos 2015b) bezeichnet habe.²⁹ Zunächst soll es allerdings um den Punkt der Ontologisierung gehen.

Auf dem Weg hin zu einer politischen Ontologie des Sozialen wird das Theoriegebäude Laclaus zunehmend zu einem in sich kohärenten Begriffsuniversum. Dies führt allerdings auch dazu, dass es zunehmend in einen abstrakten Formalismus verfällt, der seine Kategorien rein endogen aus sich selbst heraus entwickelt (Beasley-Murray 2006). Finden Aussagen über konkrete gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen Eingang in seine Theoriebildung, so beschränken sich diese zumeist auf banale Feststellungen – wie die Aussage, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse komplexer geworden seien (Demirović 2007: 66f.) – oder die Verhältnisse fungieren lediglich als Ad-hoc-Illustrationen der eigenen theoretischen Kategorien.

Grund für diesen zunehmenden Formalismus und die Entleerung der theoretischen Begriffe ist, dass das primäre Unterfangen Laclaus mittlerweile die Begründung einer postfundationalistischen Ontologie des Politischen ist. Aus postfundationalistischer Perspektive ist dieser Schritt der Endpunkt einer theoretischen Entwicklung. Wie der Begriff »postfundationalistisch« bereits anzeigt, geht es um die Überwindung zuvor angenommener letztgültiger Fundamente.

29 Für eine frühe Kritik an der Ontologisierung des Hegemoniebegriffs vgl. Opratko (2012a).

Während die PostfundationalistInnen hierin die Grundbedingung für eine emanzipatorische politische Agenda sehen, argumentiert Bosteels (2011: 42-72), dass dieser »ontological turn« realiter theoretischer Ausdruck der existierenden Herrschaftsverhältnisse ist und sich zentralen Herausforderungen emanzipatorischer Politik verweigert. Der Rückzug auf die Frage der Ontologie sei zumindest in Teilen ein Rückzug ins Deskriptive, der der Herausforderung ausweiche, eine linke Antwort auf die kapitalistischen Verhältnisse in ihrer heutigen Form zu finden, Verhältnisse in denen die Logiken von Universalisierung und Entgrenzung mit der Betonung von Differenzen und dem Partikularen neu verknüpft würden (Bosteels 2011: 64f.). Bosteels (2011: 58) argumentiert explizit politisch gegen diese Ontologisierung: »The quest for a leftist ontology, in other words, risks producing an ontologization of leftism that is as radical as it is empty.«

Zu dieser politischen Einschätzung mag man stehen, wie man will, aus analytischer Perspektive verweist sie aber auf ein theoretisches Problem, das die laclausche Ontologisierung mit sich bringt. Soll die laclauschen Theorie für die konkrete Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse herangezogen werden, führt diese Ontologisierung zu einer Art inhaltlichen Leere oder – wie man in den Begriffen des Postfundationalismus sagen könnte – zu einer »ontischen Leere« (Boos 2015b). Auf der Ebene der konkreten ontischen Ausdrucksformen der allgemeingültigen ontologischen Funktionsweisen, liefern die laclauschen Begriffe häufig nur begrenzt neue Erkenntnisse.

Diesen Umstand leugnen VertreterInnen einer laclauschen Perspektive nicht zwingendermaßen, wenn sie mit dieser Kritik konfrontiert werden. Im Gegenteil, der Kritik wird entgegengehalten, dass die konkrete Ebene des Ontischen nicht das Erkenntnisinteresse Laclaus darstelle, sondern es ihm explizit um eine politische Ontologie gehe (Marchart 2010; 2014; Howarth 2004). Und tatsächlich verschiebt sich das Erkenntnisinteresse Laclaus, wie ich am Beispiel seiner Populismustheorie herausgearbeitet habe. Im Vergleich zu früheren Arbeiten sind nicht mehr die populistischen Phänomene selbst sein Erkenntnisinteresses, sondern das ontologische Terrain, auf dem diese stattfinden. Dadurch verändert sich auch der Status seiner Theorie. Marchart (2008: 14) formuliert dies folgendermaßen: »This shift in the analysis from ›actually‹ existing foundations to their status – that is to say, to their conditions of possibility – can be described as a quasi-transcendental move.«

Gleichwohl diese Entgegnung richtig sein mag, handelt es sich insofern um ein schwaches Argument, als es sich auf das Terrain der Ontologie zurückzieht, ohne eine befriedigende Antwort auf die Frage nach Konzepten auf ontischer Ebene zu liefern. Stattdessen werden konkrete gesellschaftliche Phänomene mit Begriffen kurzgeschlossen, die vorgeblich auf ontologischer Ebene angesiedelt sind.

Am deutlichsten wird diese Leere in Bezug auf die unzulänglichen Strukturbegriffe der laclauschen Theorie. Wullweber (2015: 4) weist zurecht die falsche Annahme zurück, dass postfundationalistische Ansätze die Existenz sozialer Struk-

turen negieren würden. Vielmehr bezweifelten sie nur die Möglichkeit letztgültiger Fundierungen und proklamierten, dass jedwede Fundierung Veränderungen unterworfen sei. Laclau (1990b: 33-36) selbst schlägt den Begriff der »Sedimentierungen« für die Strukturen des Sozialen vor. Allerdings schafft dieser aus meiner Sicht ebenfalls keine Abhilfe für das geschilderte Problem. Einerseits bleibt der Begriff ahistorisch und gibt keine Antworten auf Fragen nach den inneren Logiken, strukturellen Notwendigkeiten oder Determinierungen dieser Ablagerungen (Pühretmayer 2010).³⁰ Damit ebnet er auch jedweden Unterschied zwischen verschiedenen Sedimentierungen ein. Andererseits führt die laclausche Betonung des Politischen in diesem Zusammenhang zu einer Art »Panpolitizismus« (Jessop 2017), der davon ausgeht, dass diese Sedimentierungen ohne weiteres repolitisierbar seien:

Es ist eine Sache zu beobachten, dass Strukturen eine Geschichte haben und Produkte sozialer Praktiken sind und sich anders hätten entwickeln können; eine ganz andere hingegen ist es, zu suggerieren, dass die Strukturen einfach dadurch transformiert werden können, indem ihre historische Kontingenz aufgedeckt wird und die mit ihr verbundenen Diskurse dekonstruiert werden. (Jessop 2017, Übers. T. B.)

Darüber hinaus erscheint es mir kontraintuitiv, einen neuen und unterbestimmten Begriff einzuführen, um eben jene Strukturlogiken zu untersuchen, anstatt sich der reichhaltigen historisch-materialistischen Tradition zu bedienen, die eben jene Problematik – die Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Strukturierungen, die die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse absichern – zum Gegenstand hat.

Die Gründe für diese Vorgehensweise lassen sich nicht abschließend klären. Mit Sicherheit spielt auch der theoretische Werdegang Laclaus eine Rolle. Die ersten Auseinandersetzungen rund um Laclaus Begriffe standen vor allem im Zeichen einer politischen Verteidigung der marxistischen Tradition (Geras 1987, 1988; Meiksins/Meiksins Wood 1985). Abseits der teilweise sehr unproduktiven Polemik, mit der die Debatte geführt wurde, förderte sie doch zutage, dass Laclau und Mouffe in ihrer Transition zum Post-Marxismus das immer existierende Spannungsverhältnis zwischen (struktureller) Notwendigkeit und Kontingenz genau anders herum als »der« Marxismus, d.h., in Richtung der Kontingenz auflösen (Mouzelis 1988). Bereits sehr früh macht Mouzelis (1978) ein eklatantes Desinteresse Laclaus für die Prozesse von politischer Organisation aus, welches sich auf theoretischer Ebene

30 Eine Vermutung meinerseits, der an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden kann, ist, dass sich das Verhältnis zwischen den Strukturbegriffen des Marxismus und des Postfunktionalismus so lange nicht klären lassen wird, bis letzterer nicht die historische Reichweite seiner Begriffe und Aussagen konkretisiert hat (s. Einwand V weiter unten).

in eben jene Absenz von Strukturbegriffen übersetzt. Jüngst argumentierte Anderson (2016a: 82f.) in eine ähnliche Richtung und zeigt am Beispiel der Erfahrung mit PODEMOS in Spanien die Probleme einer solchen Leerstelle auf. So gehe mit dem alleinigen Blick auf die Konstruktion von popularen Identitäten die Reichhaltigkeit eines gramscianischen Begriffsinstrumentariums verloren. Eine präzise Analyse der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und eines historischen Blocks weiche der nebulösen Bezeichnung einer *casta* (Kaste) bei PODEMOS. Ein solches Vorgehen bringt aus strategischer Sicht zwar den Vorteil mit sich, dass es für die Artikulation sehr heterogener Anliegen offen ist, verliert aber aus analytischer Perspektive an Präzision und Erklärungspotenzial.

2.3.5.3 Einwand III: Politizismus der Instituierung

Die Kritik an der Ontologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse fördert zudem weitere Erkenntnisse im Hinblick auf die Deckungsgleiche von »Hegemonie« und »Populismus« zutage. Wie bereits argumentiert, ergibt sich diese Deckungsgleichheit dadurch, dass Laclau dem Populismus den Stellenwert einer ontologischen Kategorie einräumt (Laclau 2005: 33f.). Doch lässt sich dieser Rang rechtfertigen? Meiner Meinung nach zeigt sich an dieser Stelle der Politizismus der laclauschen Theorie auf zweierlei Weise. Einerseits im Hinblick auf eine zeitliche Dimension und andererseits in Bezug auf das Verhältnis zwischen Struktur und Handlung.

Erstens kennzeichnet sich Laclaus Populismustheorie durch einen immerwährenden Überhang des Moments der Instituierung, d.h., sie nimmt lediglich den Moment der Begründung (oder Reaktivierung) in den Blick. Dieser Fokus ist kohärent mit dem Ziel Laclaus, insofern als es sich um diejenigen Momente handelt, in denen die ontologische Kategorie des Politischen auf den Plan tritt und das Ontologische Laclaus primäres Erkenntnisinteresse ist. Problematisch ist dieser Fokus aber, weil Politik (hier verstanden im alltagsgebräuchlichen Sinne) auf diesen Moment reduziert wird. In dieser Konzeption von Politik und dem Politischen verbirgt sich eine zeitliche Komponente: Politik wird nur noch als Moment des Bruchs und als Akt der Instituierung denkbar. Interessanterweise trifft sich an dieser Stelle Laclaus Konzeption des Populismus mit einer liberalen Perspektive, gegen die er eigens anschreibt (Boos/Opratko 2016). Obwohl die beiden Perspektiven mit einem anderen Begriff von Institutionen operieren, teilen sie die (implizite) Annahme einer Frontstellung zwischen Populismus und Institutionen (Aboy Carlés 2010a).³¹

31 Melo (2012b, 2012a) zieht diese Annahme in Zweifel und zeigt am Beispiel der argentinischen Provinzen, wie der Peronismus territoriale Institutionalisierungsprozesse stark vorantreibt. Gleiches ließe sich in weiten Teilen für die Regierungen des progressiven Zyklus in Lateinamerika sagen. Viele repräsentierten für die Region außergewöhnlich lange Perioden an institutioneller Stabilität und des Ausbaus an politischen Institutionen. Trotzdem argumentiert ein Großteil der im zweiten Debattenstrang vorgestellten idealtypischen Ansätze, dass

Zweitens bleibt die Frage offen, warum im Speziellen der Populismus einen privilegierten Einstiegspunkt ›hinein‹ in die ontologische Konstitution des Politischen bieten solle. Im Grunde genommen müsste jeglicher ontischer ›Ausdruck‹ diesen Einstieg bieten können. Dass Laclau jedoch den Populismus und die Konstitution politischer Identitäten als »Königsweg« ausmacht, verweist auf die »voluntaristische Schieflage« (Opratko 2012b: 143) seiner Theorie. Meiksins Wood (1998: 47-74) kritisierte schon früh, dass Laclaus Perspektive eine Tendenz innewohnt, Gesellschaft aus einer Art ›Kommandozentrale der Intellektuellen‹ zu betrachten.³² Diese Tendenz verstärkt sich nochmals in OPR und seinen späteren Schriften, in denen die Formierung (neuer) politischer Identitäten zur prioritären politischen Aufgabe erhoben wird. Die anfängliche polit-strategische Fragestellung Laclaus schreibt sich tief in seine politische Theorie und sein Begriffsuniversum ein, und infolgedessen wird die Logik der Konstruktion politischer Identitäten zur allumfassenden Gesellschaftstheorie verallgemeinert. Meiksins Wood (1998: 47-74) kritisiert die politischen Implikationen einer solchen Perspektive, die Institutionen und Klassenfragen als Felder der politischen Auseinandersetzung verabschiedet, ihre Implikation für die Gesellschaftsanalyse ist unter anderem eine soziologische Unterkomplexität, die ich im vorherigen Einwand herausgearbeitet habe.

2.3.5.4 Einwand IV: Diktatur des Zeichens und das Imaginäre

Ein dritter Einwand richtet sich auf das Entstehen der *demands*, die Laclau als Ausgangspunkt seiner Theorie wählt. Es geht um die Frage, worauf sich *demands* gründen und aus welchen positiven Referenzen sie sich speisen, nachdem Laclau deren Entstehung ausschließlich negativ bestimmt. Dabei lässt sich argumentieren, dass diese Leerstelle in einer von Laclaus Grundannahmen angelegt ist, die darüber hinaus mitursächlich für die eben dargelegte ontische Leere ist. Aibar (2014: 24, Übers. T. B.) sieht in Laclaus linguistischer Grundannahme eine »Diktatur des Zeichens« am Werk. Wie auch im Laufe der Darstellung deutlich geworden sein sollte, lässt sich ein Großteil der Argumente Laclaus bis auf die Ebene der saussureschen Zeichentheorie abstrahieren, mit der er das negativ-relationale Verhältnis zweier Elemente begründet. Diese Eigenschaft gilt in Laclaus Theoriekonstrukt für alle Verhältnisse – die negativ-relationale Beziehung zwischen Signifikat und Si-

der Populismus die politischen Institutionen unterminierte. Ob dem Populismus ein anti-institutioneller Charakter nachgesagt wird oder nicht, ist mithin eine Debatte darüber, welche Institutionen und Prozesse als legitim angesehen werden und welche nicht.

- 32 Aus einer solchen Perspektive läuft man aus ihrer Sicht Gefahr, dass die Konstruktion von linker Politik zu einer intellektuellen Übung am ›Diskurs-Reißbrett‹ verkommt. Tatsächlich zeigen die jüngsten Erfahrungen wie etwa jene von PODEMOS in Spanien, dass der Ebene der Repräsentationen ein enormer Stellenwert eingeräumt wird (s. auch Fußnote 18, Kapitel 2).

gnifikanten wird universalisiert. Allerdings ist das Problem mit dieser Konzeption, dass andere mögliche Verhältnisformen nicht konzeptionalisierbar sind.

Wie sich diese Leerstelle ausdrückt, lässt sich mithilfe eines von Slavoj Žižek vorgebrachten Einwands aufzeigen. In *Beyond Discourse Analysis* kritisiert Žižeks 1987 die Subjektkonzeption in HSS (der Text findet sich wiederabgedruckt in *New Revolutions*). Trotz der Innovation fielen Laclau und Mouffe in eine strukturalistische Subjektkonzeption zurück, in der die Subjekte als Strukturpositionen betrachtet würden (Žižek 1990: 249). Das Problem mit ihrer Subjektkonzeption sei, dass B, die Blockade von A, eine positive Entität außerhalb von A sei. Genau diese Vorstellung kritisiert Žižek und schlägt eine lacansche Konzeption des Antagonismus vor. »Antagonismus« ist in dieser keine äußerliche Beziehung, sondern eine negative Beziehung zu sich selbst. Das Gegenüber (B) ist eigentlich die Inkarnation und Externalisierung einer Selbstblockade von A. B ist die Positivierung eben jener immer vorhandenen Unmöglichkeit der endgültigen und mythischen Fülle. Für diese Form des Antagonismus schlägt er den Begriff des puren Antagonismus vor, um ihn zu unterscheiden vom antagonistischen Kampf zwischen zwei Subjektpositionen (Žižek 1990: 253f.). Der Einwand Žižeks führte zu der späteren Unterscheidung Laclaus zwischen »Dislokation« und »Antagonismus« für die unterschiedlichen Ebenen. Gleichwohl gibt diese Modifikation keine Antwort auf die Frage, wie sich andere Verhältnisse denken lassen. Das Argument Žižeks ist hier hilfreich, weil es verdeutlicht, dass die Selbstblockade und das »Projektionsverhältnis« in den laclauschen Begriffen nicht gänzlich gefasst werden können. Zudem verweist es auf etwas Äußeres, dass nicht rein negativ bestimmt sein kann.

Es lässt sich festhalten, dass die Universalisierung des negativ-relationalen Verhältnisses zwischen Signifikat und Signifikanten einen blinden Fleck im Hinblick auf eine imaginäre Dimension produziert. Laclau adressiert diese Frage zwar, allerdings bleibt seine Antwort unbefriedigend. In *New Reflections* diskutiert Laclau das Verhältnis zwischen Subjekt und Struktur und nimmt die Unterscheidung zwischen *myth* und *social/collective imaginaries* vor. Laclaus Argumentation bezieht sich auf die Konstitution des Subjekts, funktioniert aber analog im Hinblick auf kollektive Identitäten. Der Mythos entstehe, um die Dislokation auf Ebene der sozialen Ordnung zu füllen und sei eine Erzählung, die versuche, diese Lücke zu schließen und eine neue Objektivität zu begründen:

By myth we mean a space of representation which bears no relation of continuity with the dominant ›structural objectivity‹. Myth is thus a principle of reading of a given situation, whose terms are external to what is representable in the objective spatiality constituted by the given structure. The ›objective‹ condition for the emergence of myth, then, is a structural dislocation. The ›work‹ of the myth is to suture that dislocated space through the constitution of a new space of representation. Thus, the effectiveness of myth is essentially hegemonic: it involves

forming a new objectivity by means of rearticulation of dislocated elements. Any objectivity, then, is merely a crystallized myth. (Laclau 1990b: 61)

Die strukturelle Dislokation ist die objektive Bedingung für die Entstehung eines Mythos. Genau an diesem ›Ort‹ und im Versuch der Konstitution einer Objektivität tritt das Subjekt zum Vorschein, welches somit immer ein mythisches Subjekt ist. Das Subjekt ist »a metaphor of an absent fullness« (Laclau 1990b: 63). Hat dieser Mythos eine gewisse (soziale) Akzeptanz erreicht, wird er Einschreibungsfläche respektive Erklärung für alle möglichen Dislokationen, d.h. Erfahrungen von Mangel durch eine »absent fullness« (Laclau 1990b: 63). In diesem Prozess der Einschreibung weitet sich der Mythos aus:

[I]t becomes the unlimited horizon of inscription of any social demand and any possible dislocation. In such an event, myth is transformed into an imaginary. The imaginary is a horizon: it is not one among other objects but an absolute limit which structures a field of intelligibility and is thus the condition of possibility for the emergence of any object (Laclau 1990b: 64).

Laclau vergleicht diesen Prozess mit dem Übergang bei Gramsci von einer ökonomisch-korporativen zur hegemonialen Phase, welcher sich vollzieht, wenn eine Klasse es vermag, ihre Interessen gesamtgesellschaftlich zu universalisieren.

Wie Norvall (2000: 227f.) anmerkt, ist diese Unterscheidung zwischen »Mythos« und »Imaginarium« hilfreich. Ersterer lässt sich hierbei konzeptualisieren als das Interesse (oder kleinteiliger, die *demand*) einer Gruppe, während »Imaginarium« dessen Verallgemeinerung ist, die es zu einem gesamtgesellschaftlichen Horizont werden lässt. Gleichzeitig kritisiert Norvall bereits zu diesem Zeitpunkt, dass genau diese Dimension unterbestimmt bleibt. Denn, wie aus dem oben stehenden Zitat deutlich geworden sein sollte, bestimmt Laclau zwar die Bedingung für die Entstehung des Mythos (die Dislokation jedweder Ordnung), aber nicht, woraus sich dieser speist.

An dieser Stelle schließt sich der Kreis zur eingangs konstatierten »Diktatur des Zeichens« (Aibar 2014: 24, Übers. T. B.). Der Antagonismus als alleiniger Konstitutionsmechanismus ist nicht ausreichend, um die Dimension des Imaginären zu erfassen.³³ Laclau selbst kann die Entstehung einer *demand* lediglich aus de-

33 Aibar (2014) argumentiert unter Bezug auf die lacansche Psychoanalyse, dass Laclau das Imaginäre in seiner Theoriekonstruktion vernachlässigt, obwohl es in Lacans Werk neben dem Real und dem Symbolischen eine gewichtige Rolle spiele. Den Grund sieht er darin, dass diese Dimension letztendlich inkompatibel mit der laclauschen Theorie ist und Defizite in Laclaus Konzeption des Realen offenlegen würde. In seiner Rekonstruktion der Rolle des Imaginären bei Lacan argumentiert er, dass dieser zwar die Ebene des Symbolischen als Ebene der Analyse sieht, das Imaginäre jedoch eine Art »Rohmaterie« darstelle, die in das Symbolische transformiert werde (Aibar 2014: 31, Übers. T. B.).

ren Nicht-Erfüllung erklären. Wie die Formulierung bereits nahelegt, liegt hier jedoch ein Zirkelschluss vor. Es bleibt die Frage offen, was der positive Bezugspunkt (das Imaginäre) sein könnte, aus dem sich ein wahrgenommener Mangel speist. Es kann nicht aus dem Verhältnis von A und B konstruiert werden. Am Beispiel, das Laclau in OPR anführt, lässt sich dies gut veranschaulichen. Er schreibt:

Think of a large mass of agrarian migrants who settle in the shantytowns on the outskirts of a developing industrial city. Problems of housing arise, and the group of people affected by them request some kind of solution from the local authorities. (OPR: 73)

Der wahrgenommene Mangel, aus dem eine *demand* sich bildet, ist nur möglich, wenn es ein Imaginäres gibt (eine adäquate Unterkunft), die Vorstellung eines Anspruchs auf dieses Imaginäre (das Recht auf eine adäquate Unterkunft) sowie die Idee einer Autorität (die lokalen Autoritäten), die Adressat des Anspruchs sein könnten. Darüber hinaus und noch viel grundlegender bedarf es einer Vorstellung von Kommunikation, denn ohne diese kann es keine Idee eines Adressaten oder auch der Artikulation zwischen den verschiedenen Gliedern der Äquivalenzkette geben (Aibar 2014: 34). Diese Fragen werden in OPR nicht geklärt, und auch andere Texte, in denen Laclau (2005) sich ausführlich der Konstitution von *demands* widmet, liefern keine ausreichende Antwort.

Auch an dieser Stelle bleibt die Frage unbeantwortet, wie sich die positiven Bezugspunkte im Sinne eines Imaginären in Laclaus Theoriekonstruktion erklären lassen. Sowohl Aibar (2014) als auch Žižek (1990) konzipieren dieses Imaginäre psychoanalytisch. Letzterer greift in dem bereits zitierten Text auch auf Lacan zurück und führt die Begriffe der *fantasy* und *social fantasy* als »necessary counterpart of the concept of antagonism, a scenario filling out the voids of the social structure, masking its constitutive antagonism by the fullness of enjoyment« (Žižek 1990: 254) ein. Diese psychoanalytische Konzeption fragt nach der Ursache des Imaginären im Sinne des abstrakten Mechanismus, der hinter diesem steht. Mein Erkenntnisinteresse hier ist indes ein anderes. Diesem folgend lässt sich das Imaginäre auch historisch herleiten. Mir geht es nicht um die (psychoanalytischen) Möglichkeitsbedingungen des Imaginären, sondern um dessen konkrete Inhalte und wie sich diese (historisch) transformieren. Wie ich zu Beginn von Kapitel 9 argumentieren werde, lässt sich das Imaginäre deshalb auch als historische Narrative und Horizonte gesellschaftlicher Gruppen operationalisieren, auf die sie mit ihren *demands* referenzieren.

2.3.5.5 Einwand V: Ahistorizität

Mein fünfter Einwand zielt auf die historische Reichweite der Begriffe Laclaus. Wie Opratko (2012b: 148-150) im Hinblick auf die laclausche Hegemonietheorie argumentiert, übersetzt sich die beschränkte historische Reichweite seiner Begriffe, die

Laclau zwar einräumt, nicht in sein theoretisches Konstrukt. Wullweber (2010: 102) spricht von einem »methodologischen Ontologismus«, der »den historisch-kulturellen Status« der Theorie verschleierte. Andere sehen sogar eine gewollte Ahistorizität am Werk (Almeyra 2009; Žižek 2013: 140f.)

An diesem Punkt zeigen sich die Probleme, die durch die Leere der laclauschen Begriffe hervorgerufen werden. Die Enthistorisierung des Begriffs des Politischen führt dazu, dass Hegemonie als die für alle Zeiten das Soziale konstituierende Logik erscheint (Demirović 2007: 69). Historisch gesehen wird »Hegemonie« jedoch erst ab der Französischen Revolution, welche das Terrain des Deutungshorizonts von Freiheit und Gleichheit, auf dem die gesellschaftlichen Kämpfe stattfinden, setzt und fixiert, zur dominierenden Form von Politik (Demirović 2007: 59f.). Somit

spricht vieles dafür, dass die moderne Gesellschaft der gelungene Versuch einer sozialen Gruppe, des modernen Bürgertums, ist, seine eigene Existenzgrundlagen auf Dauer zu stellen und den Raum zu schaffen für eine Vielzahl von sich überkreuzenden Versuchen, sich durch Politik zu totalisieren und allgemein zu setzen (Demirović 2007: 76).

Wir rufen uns in Erinnerung, dass Laclau und Mouffe ihren Hegemoniebegriff von Gramsci ausgehend entwickeln und zu einer allgemeinen Theorie des Sozialen ausbauen. Der italienische Marxist war jedoch sehr deutlich im Hinblick auf die historische Reichweite seines Begriffs, den er vorschlug, um die zeithistorischen Veränderungen zu analysieren:³⁴

In der Zeit nach 1870 verändern sich mit der europäischen Kolonialexpansion alle diese Elemente, die internen und internationalen Organisationsverhältnisse des Staates werden komplexer und massiver, und die achtundvierziger Formel der »permanenten Revolution« wird in der politischen Wissenschaft in der Formel der »zivilen Hegemonie« umgearbeitet und aufgehoben. In der politischen Kunst findet statt, was auch in der Kriegskunst stattfindet: der Bewegungskrieg wird immer mehr zum Stellungskrieg [...]. Die massive Struktur der modernen Demokratien, sowohl als staatliche Organisationen als auch als Komplex von Vereinigungen im zivilen Leben, bilden für die politische Kunst so etwas wie die »Schützengräben« und die dauerhaften Befestigungen der Front im Stellungskrieg: sie machen das Element der Bewegung, das vorher der »ganze Krieg« war, zu einem »partiellen« usw. (GH 13: 1545)

Das Zeitalter der Hegemonie beginnt für Gramsci also mit dem Ende der »permanenten Revolution« und der langsamen Einhegung des »Einbruchs der Massen« in die Politik« (Sieder/Langthaler 2010: 25) und der daran anschließenden langsamen

34 Den Hinweis auf die exakte Stelle in den Gefängnisheften verdanke ich Stefan Pimmer.

Herausbildung einer modernen und bürgerlichen Demokratie. Für den Hegemoniebegriff heißt das, dass dieser fernab davon ist, ein ahistorisches Konzept der (politischen) Macht zu sein, sondern eine spezifische Form der Herrschaft ist, die sich ab dem Zeitpunkt und als Antwort auf die »Politisierung des Sozialen und der Sozialisierung der Politik« (Acanda 2007: 38, Übers. T. B.) herausbildet.

Das überzeugendste Argument in Bezug auf das Erkenntnisinteresse Laclaus an der Konstitution politischer Identitäten und gegen eine ahistorische Lesart des Hegemoniebegriffs liefert indes Verónica Gago (2014: 296f.). Die von Laclau ausgemachte Konstruktionslogik ist erst ab dem Zeitpunkt denkbar, ab dem sich die Subjekte als TrägerInnen von Rechten ansehen. Unter Rückbezug auf Einwand IV ließe sich sagen, dass diese Selbstwahrnehmung Teil des Imaginären sein muss. Historisch gesehen ist das erst mit der bürgerlichen Form der Vergesellschaftung der Fall. Ein Teil kann erst für sich reklamieren, das Ganze zu repräsentieren, wenn das Volk als der Souverän anerkannt ist. Vor diesem Hintergrund lassen sich die von Laclau untersuchten Konstruktionslogiken politischer Identitäten nur schwerlich als universelle, ahistorische und allgemein gültige soziale Logiken begreifen, sondern sie können lediglich für ein spezifisches Terrain und eine bestimmte zeitliche Periode geltend gemacht werden: die moderne bürgerliche – und hinzuzufügen wäre darüber hinaus: kapitalistische – Gesellschaft.

2.4 Zwischenfazit

Im voranstehenden Kapitel wurden die drei (in Lateinamerika) dominanten Debattenstränge rund um den Populismus diskutiert. Die unterschiedlichen Ansätze wurden auf ihr Erkenntnisinteresse, welche Fragen sie an ihr Erkenntnisobjekt richten sowie der Funktion und Position des Begriffs des Populismus innerhalb ihrer Begriffsanordnung hin befragt. Wie sich gezeigt hat, nähern sich strukturfunktionalistische und ökonomische Perspektiven dem Populismus ausgehend von der Frage nach gesellschaftlicher Entwicklung. Für sie repräsentiert der Populismus eine historische Periode, die Ausdruck einer fehlgeleiteten gesellschaftlichen Modernisierung ist. Im Zentrum stehen die ökonomischen Entwicklungen. Die strukturellen Umbrüche bringen jene Massen hervor, die dann aufgrund von Manipulation und »Pseudopartizipation« (Germani 1965: 239, Übers. T. B.) zur UnterstützerInnenbasis des Populismus werden.

Diese Defizitperspektive ist auch großen Teilen der Ansätze des zweiten Debattenstrangs gemein. Sie versuchen, den Populismus innerhalb des politischen Spektrums zu typisieren. Als Kennzeichen populistischer Kräfte wird hierbei häufig deren potenziell undemokratisches Vorgehen oder Verhältnis zu den politischen Institutionen ausgemacht. Während Letztere häufig im Zentrum der Ansätze ste-

hen, bleiben die den Populismus konstituierenden Akteure hingegen nicht selten eine opake Masse.

Im Detail wurde der dritte Ansatz diskutiert, der aus einer hegemonietheoretischen Perspektive heraus argumentiert. Im Gegensatz zu den anderen beiden Strängen wird Populismus hier nicht als defizitäre Abweichung (von Entwicklung oder demokratischen Prozessen) besprochen. Stattdessen erscheint der Populismus positiv konnotiert. In Laclaus frühem Werk *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus* ist der Populismus eine spezifische Artikulationsform von Ideologie und gesellschaftlichen Akteuren respektive Klassen. Ein »Populismus der beherrschten Klassen« (PIM: 151) artikuliert für ihn einen Klassendiskurs auf Ebene der Produktionsverhältnisse mit dem National-Popularen auf Ebene der Ideologie, sodass die höchste Form des Populismus für Laclau im Sozialismus zusammenkommt. Ein spezifischer Populismus ist in diesem Kontext also positiv konnotiert, weil er eine erfolgreiche politische Strategie (im Gegensatz zur Strategie der Kommunistischen Internationalen) darstellt.

In seinem späteren Werk *On Populist Reason* zielt Laclau Intervention in eine andere Richtung und kritisiert eine liberale Konzeption von Politik. Der Populismus erscheint hier ebenfalls positiv konnotiert, weil er das Politische in das Soziale (wieder) einführt. »Populismus« ist in OPR die allgemeine Konstitutionslogik des Politischen. Dieser Logik geht Laclau mithilfe der Frage nach der Konstruktion von politischen Identitäten nach. In diesem Sinne grenzt sich die laclausche Perspektive von den vorherigen Strängen ab, da sie es ermöglicht, nicht nur nach der Integration, sondern auch nach der Konstitution der Akteure eines politischen Projekts zu fragen. Gleichwohl habe ich fünf Einwände gegen die laclausche Theorie vorgebracht (Deckungsgleichheit zwischen »Populismus« und »Hegemonie«; »Ontologisierung«; »Politizismus«; »zeichentheoretische Reduktion«; »Ahistorizität«).

Wie sich die laclausche Perspektive unter Maßgabe einiger Einschränkung fruchtbar machen lässt, wird in Kapitel 5.2 diskutiert. Zunächst soll jedoch der Begriff der Mittelklasse diskutiert werden. Diese Diskussion legt erste Fährten, wie die sich eine klassentheoretische Perspektive mit der Frage nach politischen Identitäten integrieren lässt.